## Helmut Klüter:

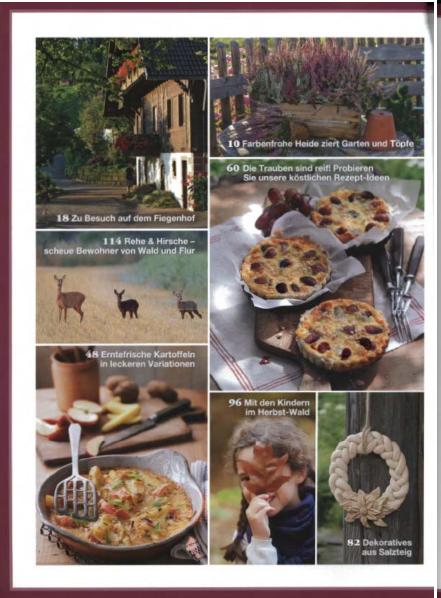
(Institut für Geographie und Geologie, Universität Greifswald)

## ZUR PLANERISCHEN BENACHTEILIGUNG LÄNDLICHER RÄUME IN MECKLENBURG-VORPOMMERN

Interdisziplinären Ringvorlesung "Fair zur (Um-) Welt" Rostock, 03.12.2013

# Gliederung

- 1. Ländliche Räume aus der Sicht der Stadt
- Interessenkonstellation in ländlichen Räumen
- 3. Subjekte räumlicher Planung in MV
- 4. Geplante Resignation: "Ländliche Räume mit demographischen Herausforderungen"
- 5. Einige Ergebnisse des Zensus 2011
- 6. Leitbild "Garten der Metropolen"



## Land Juhalt

September/Oftober 2013

#### Garten

- 16 Heide im Garten Die besten Sorten für Herbst und Winter
- 8 Erntezeit auf dem Fiegenhof
- 24 Zwiebelblumen für den Frühling
- 28 Gartenpraxis und Mondkalender September und Oktober
- Wildgehölze mit Früchten Gesunde Beeren mit viel Aroma
- 44 Beim Kartoffel-Bauern Wurzelgemüse frisch vom Feld

### Schönes & Kreatives

- 10 Herbstschmuck mit Heide
- 40 Deko-Ideen mit Mais
- 82 Schönes aus Salzteig
- 96 Unterwegs im Herbst-Wald Basteleien mit Kastanien und Eichein
- 102 Hausschuhe stricken & filzen
- 122 Herbst-Mobiles Kleine Kunstwerke aus bunten Blättern

### Rezepte

- 38 Schmackhafte Wildfrüchte
- 48 Erntefrische Kartoffeln Erdäpfel in vielen leckeren Variationen
- 58 Wildschwein-Braten
- Köstliche Trauben Süß und pikant ein Genuss
- 66 Rotkohl hat jetzt Saison
- 68 Wurst selber machen

Die auf der Titelseite angekündigten Themen sind mit einem Kasten gekennzeichnet

#### Wohnen & Haushalt

112 Möbelpflege wie früher So bleibt Holz lange schön

### Gesund leben

B6 Die Heilpflanzen-Schule Grüne Haus-Apotheke, Teil 2

#### Natur & Tiere

- 100 Waldschätze Alte Bauemregeln und das Wetter
- 114 Rothirsch, Damhirsch & Reh Dem heimischen Wild auf der Spur

### Land & Handwerk

- 76 Ein Tag auf dem Markt Mit dem Obsthof Kiechle in Freiburg
- 106 Mein schönes Land ™ Zu Gast bei der Milch-Familie Dallmann
- 126 Der Kupferschmied Handwerkskunst im Allgäu

## Region & Heimat

- 132 Die Bucklige Welt Im Land der sanften Hügel
- 140 Landgasthof Fally

#### Außerdem

- 8 Magazin
- 42 Kolumne
- 74 Neues & Nützliches
- 121 Landpost
- 130 Termine
- 144 Service, Impressun Vorschau

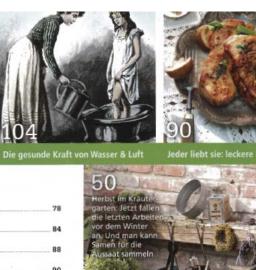




H. Klüter: Benachteiligung ländlicher Räume in MV









# Ländliche Räume haben offenbar eine sehr gute Presse

Zeitschrift	Chefredakteur	Auflage
Landlust	Ute Frieling-	850.000
Die schönen Seiten des	Huchzermeyer	
Landlebens		
Mein schönes Land	Marie-Luise	305.957
	Schebasta	
Liebes Land	Britta Werth	73.115
Die beste Art zu leben		
Landgarten	Angelika Huber	?
Landldee		231.000
Der Spiegel		900.000

Wo ist das Problem?

# Gliederung

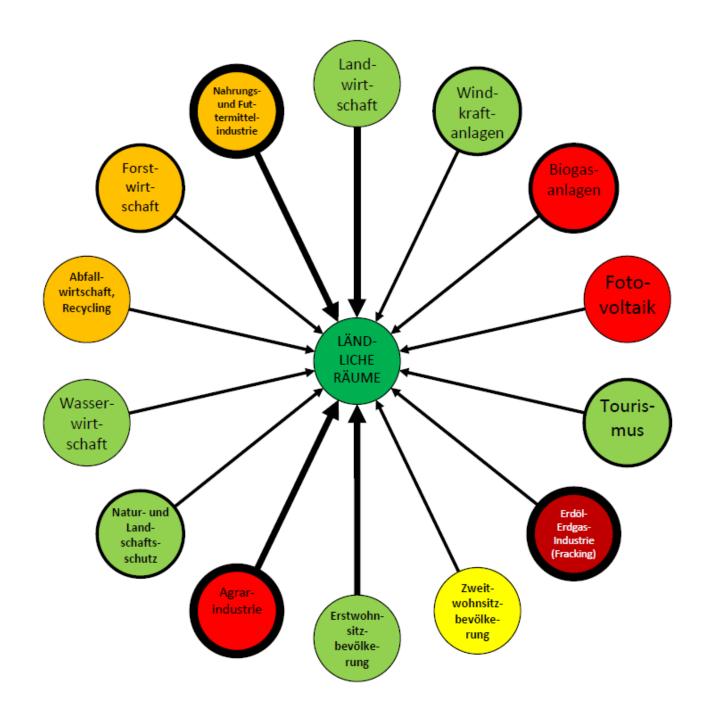
- 1. Ländliche Räume aus der Sicht der Stadt
- Interessenkonstellation in ländlichen Räumen
- 3. Subjekte räumlicher Planung in MV
- 4. Geplante Resignation: "Ländliche Räume mit demographischen Herausforderungen"
- 5. Einige Ergebnisse des Zensus 2011
- 6. Leitbild "Garten der Metropolen"

## Interessenkonstellation in ländlichen Räumen

Grün: stört die Ökologie ländlicher Räume wenig

Gelb: stört die Ökologie beträchtlich

Rot: stört die Ökologie empfindlich



# Interessenträger erster und zweiter Ordnung

- Keiner der drei großen Player (Agrarindustrie, Nahrungs- und Futtermittelindustrie, Erdöl-Ergasindustrie) verfolgt genuin Ziele, die auf den ökologischen Erhalt ländlicher Räume ausgerichtet sind.
- Einige Interessengruppen zweiter Ordnung
   (Tourismus, Natur- und Landschaftsschutz und
   Windkraftenergie) verfolgen Ziele, die den ökologischen
   Erhalt ländlicher Räume wenig oder kaum
   beeinträchtigen.
- Allerdings auf dieser Ebene gibt es mit Biogasanlagenbetreibern und der konventionellen Forstwirtschaft Interessenbereiche, die den ökologischen Erhalt erheblich beeinträchtigen können.

# Interessenträger dritter Ordnung

- Ähnlich verhält es sich bei den Interessengruppen dritter Ordnung: Landwirtschaft, Wasserwirtschaft und Erstwohnsitzbevölkerung verfolgen Ziele, die den ökologischen Erhalt ländlicher Räume wenig oder kaum beeinträchtigen. Zweitwohnsitznahme in alten Dorfbauten kann ebenfalls hier eingeordnet werden.
- Fotovoltaik, Abfallwirtschaft und Recycling gehören zu den Bereichen, die erhebliche ökologische Risiken bergen. Soweit die Zweitwohnsitznahme zur Zersiedlung führt, ist sie ebenfalls als Gefährdungsfaktor zu betrachten.

## Zur regionalen Varianz der Interessenträger

- Die Interessenkonstellationen k\u00f6nnen je nach Typ l\u00e4ndlicher R\u00e4ume erheblich variieren, z. B.:
- In ländlichen Räumen mit starker Wirtschaftskraft ist vor allem an der Küste der Tourismus der stärkste Interessenträger.
- In Landstädten sind die Erstwohnsitzbevölkerung mit der von ihr getragenen Gemeindeverwaltung sowie die Nahrungs- und Futtermittelindustrie besonders stark.
- In den leicht erreichbaren ländlichen Räumen entlang überregionaler Verkehrsachsen (z.B. im Einzugsbereich von A19 und A20) konkurrieren die Nutzungsinteressen von Agrarindustrie, Tourismus, Erst- und Zweitwohnsitznehmern und Energie- und Abfallwirtschaft gegeneinander.
- In dünn besiedelten, peripheren ländlichen Räumen dominieren häufig Agrarindustrie und Energiewirtschaft.
- In dieser Gliederung werden die hoch suburbanisierten Stadt-Umland-Bereiche vollständig zu den Stadtregionen gezählt. Daher sind sie kein Gegenstand der Typisierung ländlicher Räume.

# Gliederung

- 1. Ländliche Räume aus der Sicht der Stadt
- Interessenkonstellation in ländlichen Räumen
- 3. Subjekte räumlicher Planung in MV
- 4. Geplante Resignation: "Ländliche Räume mit demographischen Herausforderungen"
- 5. Einige Ergebnisse des Zensus 2011
- 6. Leitbild "Garten der Metropolen"

# Klassen der Politik- und Verwaltungskompetenzen auf Gemeindeebene

Klasse	Beschreibung
1. Kreisfreie Städte (2 Einheiten in MV)	Gebietskörperschaft ab etwa 100.000 Einwohner; hochgradig professionalisierte Stadt- und Kreisverwaltung mit aktiver Wirtschaftsförderungskompetenz; Großunternehmen mit mehr als 2000 Beschäftigten und verschiedenen Tochterunternehmen (Stadtwerke, Beschäftigungs- und Entwicklungsgesellschaften usw.); Eigene Steuereinkünfte, Finanzierungs- und Entwicklungskompetenz in eigener Sparkasse. Selbständige EU-Antragskompetenz. vollständige Übernahme des kommunalen Aufgabenbestands des übertragenen Wirkungskreises gem. KV MV; Bündelung regionaler Entscheidungskompetenz über regionale "Headquarterfunktion" von Verbänden, Behörden und Medien. Beispiele: Rostock, Schwerin) Unzufriedenheit: NPD Landtagswahl 2011 4,1-4,4% (Zweitstimmen in der Landtagswahl)
2. Große kreisan-gehörige Stadt (4 Einheiten in MV)	Amtsfreie Gebietskörperschaft mit mindestens 40.000 Einwohner; professionalisierte Stadt- und Kreisverwaltung in zwei getrennten Behörden mit eingeschränkter Wirtschaftsförderungskompetenz; eigene Steuereinkünfte, Sparkassenbeteiligung als Entwicklungsinstrument; Großunternehmen mit über 400 Beschäftigten und verschiedenen Tochterunternehmen (Stadtwerke, Beschäftigungs- und Entwicklungsgesellschaften usw.). Mittlere EU-Antragskompetenz Seit 2012 erhebliche zusätzliche finanzielle Belastung durch Kreisumlage. Nur teilweise Wahrnehmung des kommunalen Aufgabenbestands des übertragenen Wirkungskreises gem. KVMV; Regionale Entscheidungskompetenz nur partiell vorhanden, z.B. über Außenstellen; Beispiele: Neubrandenburg, Stralsund, Greifswald, Wismar Unzufriedenheit: NPD 2011 4,6-5,3% (Zweitstimmen in der Landtagswahl)
	H. Klüter: Benachteiligung ländlicher Räume in MV

Klasse	Beschreibung
3. Kleinere Kreishaupt-stadt (2 Einheiten)	Amtsfreie Gebietskörperschaft ab etwa 15.000 Einwohner; geteilte Stadt- und Kreisverwaltung mit Wirtschaftsförderkompetenz; Stadtverwaltung als mittleres (mehr als 300 Beschäftigte), Kreisverwaltung als regionales Großunternehmen (ca. 500 bis 800 Beschäftigte) mit verschiedenen Tochterunternehmen, regionaler Sparkasse oder Sparkassenbeteiligung. Niedrige bis mittlere EU-Antragskompetenz. Stadtverwaltung mit begrenzten, Kreisverwaltung ohne eigene Steuereinkünfte Seit 2012 zusätzliche finanzielle Belastung durch erhöhte Kreisumlage. Aufgabenwahrnehmung nur im eigenen Wirkungsbereich gem. KV MV; Regionale Entscheidungskompetenz bei der Kreisverwaltung vor Ort Beispiele: Güstrow, Parchim Unzufriedenheit: NPD 2011 4,7-5,7%
4. Kleinstadt / Landstadt (14 Einheiten)	Gebietskörperschaft ab etwa 10.000 Einwohner; teilweise amtsfrei professionalisierte Stadtverwaltung mit rudimentärer Wirtschaftsförderkompetenz; Stadtverwaltung als mittleres Unternehmen mit 70 bis 250 Beschäftigten. Unzureichende eigene Steuereinkünfte. In der Regel kein direkter Zugriff auf Sparkassen- oder Landesförderpolitik. Unselbständige EU-Antragskompetenz. Seit 2012 zusätzliche finanzielle Belastung durch erhöhte Kreisumlage. Aufgabenwahrnehmung nur im eigenen Wirkungsbereich gem. KV MV; i.d.R. keine regionale Entscheidungskompetenz. Beispiele: Anklam, Wolgast, Pasewalk Unzufriedenheit: NPD 2011 5,9-16,0% (Zweitstimmen in der Landtagswahl)

Klasse	Beschreibung
	Gebietskörperschaft mit mindestens 5000 Einwohner;
5. amtsfreie Land- gemeinde (19 weitere Einheiten)	Gebietskörperschaft mit etwa 5.000 bis 10.000 Einwohnern Gemeindeverwaltung mit 20 bis 70 Beschäftigten ohne Wirtschaftsförderungskompetenz; kein direkter Zugriff auf Sparkassen- oder Landesförderpolitik. Abhängige, mittelbare EU-Antragskompetenz Hauptamtlicher Bürgermeister; Knappe eigene Steuereinkünfte. teilweise Wahrnehmung der Aufgaben im eigenen Wirkungsbereich gem. KV MV; Seit 2012 zusätzliche finanzielle Belastung durch erhöhte Kreisumlage. keine regionale Entscheidungskompetenz. Beispiele: Süderholz, Binz, Feldberger Seenlandschaft, Satow, Heringsdorf, Ueckermünde, Strasburg Unzufriedenheit: NPD 2011 3,2-18,3% (Zweitstimmen in der Landtagswahl)
6. Amt (78 Einheiten)	keine Gebietskörperschaft; Körperschaft des öffentlichen Rechts, ohne Legislative ab etwa 6.000 Einwohner Amtsverwaltung mit 15 bis 40 Beschäftigten ohne Wirtschaftsförderungskompetenz; Keine eigenen Steuereinkünfte; von Amtsumlage abhängig; kein direkter Zugriff auf Sparkassen- oder Landesförderpolitik. Abhängige, mittelbare EU-Antragskompetenz nach §125 KV MV existentiell von der Landesregierung abhängig hat eigene Verwaltung, vor Gericht Rechtsvertreter der amtsangehörigen Gemeinde "hat die öffentlichen Aufgaben, die mehrere amtsangehörige Gemeinden betreffen und eine gemeinsame Abstimmung erfordern, zu beraten und auf ihre Erfüllung hinzuwirken." (§ 127 KV MV) Träger der Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises nach § 3 KV MV

Klasse	Beschreibung
7. Amtsan- gehörige Land- gemeinde (ca. 725 Einheiten)	von unter 100 Einwohnern bis etwa 5000 Einwohner keine eigene Gemeindeverwaltung; ehrenamtlicher Bürgermeister, Ein-Personen-Unternehmen, etwa vergleichbar einer "Ich-AG"; ohne Wirtschaftsförderungs- und Rechtskompetenz; geringe eigene Steuereinkünfte, von denen weit über drei Viertel als Kreis-, Amts- und Zweckverbandsumlage abgegeben werden müssen; in der Regel kein Einfluss auf Sparkassen- oder Landesförderpolitik. Keine EU-Antragskompetenz. rudimentäre Wahrnehmung der Aufgaben im eigenen Wirkungsbereich gem. KV MV; keine regionale Entscheidungskompetenz; de facto von Ämtern und Kreisverwaltungen entmündigt. Beispiele: Peenemünde, Mölschow, Loddin, Lubmin, Hugoldsdorf Unzufriedenheit: NPD 2011 2,5-33,0% (Zweitstimmen in der Landtagswahl).

## Was bedeutet das für die Gemeinden und ihre Bürger?

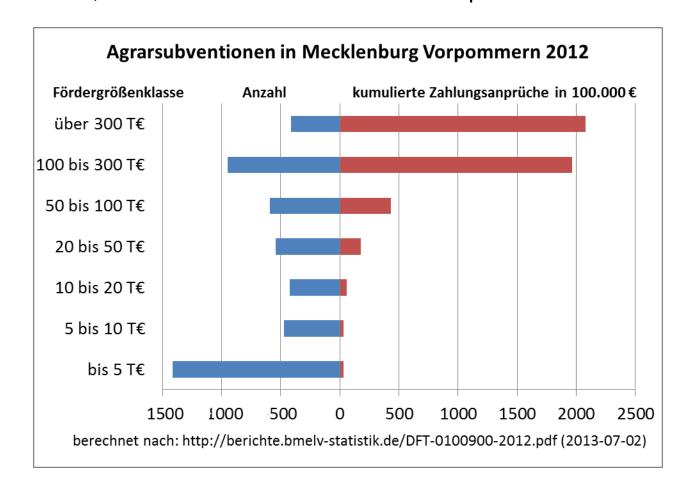
- Die Bewohner von Gemeinden der Klasse 7 sind in ihren Lebenschancen und in der Versorgung mit kommunalen Dienstleistungen gegenüber denen, die in Gemeinden der Klassen 1 und 3 wohnen, stark benachteiligt. Genau genommen, müsste der ehrenamtliche Bürgermeister einer kleinen Gemeinde der Klasse 7 für seine Bürger ähnlich viel leisten wie die etwa 2000 Beschäftigten der Stadtverwaltung von Rostock.
- Die Benachteiligung drückt sich auch finanziell aus: Die Zentralen Orte des Landes werden § 16 des Finanzausgleichsgesetzes MV (FAG) mit über 130 Millionen € subventioniert, während die sterbenden Dörfer nichts erhalten.
- Die Gemeinden der Klassen 5, 6 und 7 sind mit den Landgemeinden in Skandinavien, Polen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Hessen nur bedingt wettbewerbsfähig. Mecklenburg-Vorpommern (23.171 km²) unterhält für 1,6 Millionen Einwohner 780, Finnland (338.144 km²) für 5,2 Millionen 342 und Schweden (449.964 km²) für 8,9 Millionen 290 Gemeinden.
- Während die Durchschnittsgemeinden in Sachsen-Anhalt auf die Steuerkraft von 10.000 und die in Sachsen auf die von 9.300 Einwohnern zurückgreifen können, müssen sich die Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern mit der Steuerkraft von nur 2.050 Einwohnern begnügen.

- Während Landgemeinden in jenen Bundesländern Projekte und Fördergelder beantragen können, können die meisten Gemeinden Mecklenburg-Vorpommerns nicht einmal die erforderlichen Eigenanteile zum Erhalt bestimmter Förderungen aufbringen. Auf EU-Ebene greifen daher die verhältnismäßig reichen Landgemeinden Nordrhein-Westfalens und Schwedens mehr Fördergelder pro Einwohner ab als die extrem bedürftigen Gemeinden Mecklenburg-Vorpommerns.
- Schon aufgrund der chronischen Finanz- und Organisationsschwäche muss der Bürgermeister einer kleinen Gemeinde zu den meisten Vorschlägen seiner Mitbewohner "Nein" sagen. Diese Nein-Demokratie untergräbt das Ansehen der gewählten Mandatsträger und fördert demokratiefeindliche Tendenzen.
- Bis in die jüngste Zeit hat die Landesregierung unter dem Vorwand urbaner Richtwerte für Klassengrößen und Unterrichtsdiversifizierung über die Hälfte der Schulen in ländlichen Räumen geschlossen. Lehrer, Schreibwarengeschäfte, Buchhandlungen und Kinderausstatter mussten abwandern. In besonders krassen Fällen mussten auch die Eltern mit ihren Kindern abwandern. Heute ist die Schulproblematik eines der wichtigsten Hindernisse, weshalb Zweitwohnsitznehmer sich in ländlichen Räumen Mecklenburg-Vorpommerns ungern mit Erstwohnsitz anmelden. Man möchte sich für die Kinder den kurzen Schulweg in Hamburg, Berlin oder Rostock erhalten.
- Ähnliche Zentralisierungstendenzen gibt es nicht nur bei der Schul-, sondern auch in anderen Fachplanungen. Derzeit werden einige Amtsgerichtsstandorte still gelegt.
- Die bürokratisch aufwändige Zwischenebene der Ämter ist in Nordrhein-Westfalen und Hessen vollständig, in den meisten anderen Bundesländern überwiegend abgeschafft.

# Der Staat subventioniert die Entleerung ländlicher Räume

Die öffentliche Hand stützt den Großbetrieb vor Ort, der in der Regel Arbeitsplätze minimiert, mit über 300 € je ha. Das sind bei 1000 ha über 300.000 €. Um eine derartige Fördersumme zu erhalten, müsste der Bürgermeister dieses Ortes, Der die Zahl der Arbeitsplätze vermehren will, viele Anträge schreiben. Selbst im Genehmigungsfall bekommt er die Förderung in der Regel für höchstens ein oder zwei Jahre.

Von 450 Millionen € Zahlungsansprüchen an Flächenprämien in MV entfielen 207 Millionen auf die 414 größten Betriebe mit mindestens 300.000 € Subventionen im Jahr. Die restlichen 4392 Betriebe müssen mit 243 Millionen € auskommen. Mit einem derartigen Finanzpolster brauchen die Großbetriebe keine teuren, riskanten Kulturen anzubauen. Raps und Mais reichen aus.



Mit nur 1,3 AK-E je 100 ha nur 40% des deutschen Durchschnitts. In Nordrhein-Westfalen liegt Arbeitskräftebesatz mit 4,3 mehr als dreimal höher als in Mecklenburg-Vorpommern. Für arbeitsintensive Kulturen wie Obst, Gemüse und Blumen fehlen in Mecklenburg-Vorpommern und den anderen ostdeutschen Flächenländern die Arbeitskräfte.

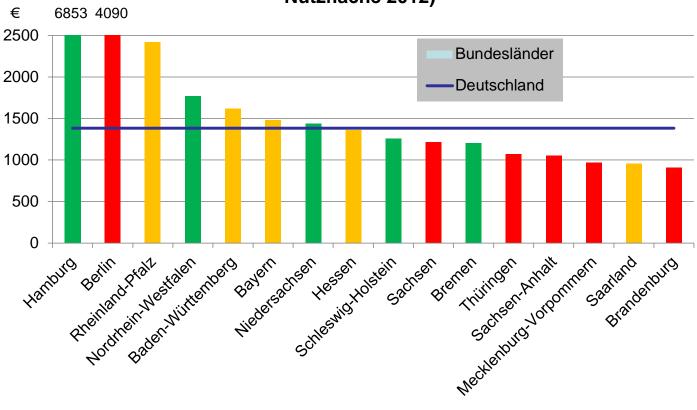
## Arbeitskräftebesatz (AK-E) je 100 ha in der Landwirtschaft 2010



Berechnet nach Landwirtschaftszählung 2010

Bei der **Flächenproduktivität** erreichte Mecklenburg-Vorpommern 2011 mit 966 €/ha nur 70% des gesamtdeutschen Durchschnitts – damit den drittletzten Platz vor Brandenburg. In Nordrhein-Westfalen lag die Flächenproduktivität mit 1768 € 1,8-mal über der in MV. In Rheinland-Pfalz lag sie mit 2417 € trotz schlechter Ernte noch höher.

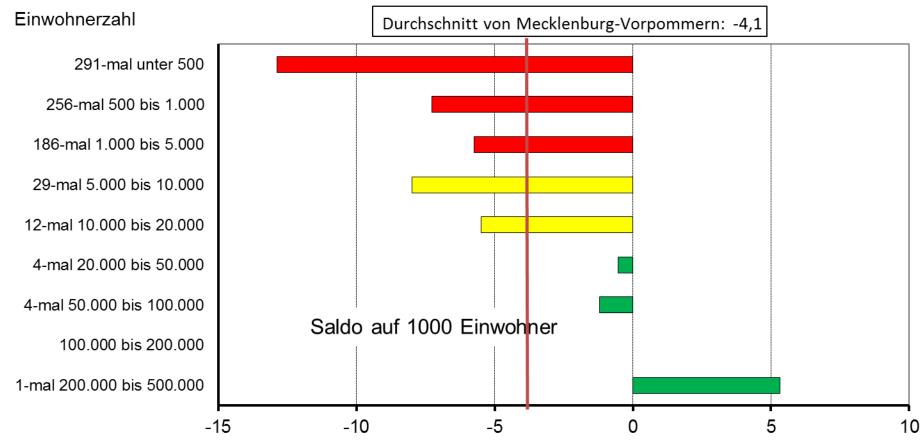
# Flächenproduktivität (Bruttowertschöpfung in Land-, Forstwirtschaft und Fischerei je ha landwirtschaftlicher Nutzfläche 2012)



Berechnet nach www.vgrdl.de (2012); Stat. Bundesamt, Fachserie 3 Reihe 3.1.2 (2012) H. Klüter: Benachteiligung ländlicher Räume in MV

## Die Bevölkerung der kleinen Gemeinden stimmt mit den Füßen ab:

# Wanderungssalden in Mecklenburg-Vorpommern nach Gemeindegrößenklassen 2012



Gemeinden, die die Aufgaben der Kommunalverfassung nicht erfüllen können, sind in **rot**, die sie teilweise erfüllen können, in **gelb**, und die sie nahezu vollständig erfüllen können, in **grün** markiert.

vor der Größenklasse: Anzahl der zur Klasse gehörigen Gemeinden

Berechnet nach: Bev.-stand der Kreise, Ämter und Gemeinden in MV. 31.12.2012. StatA MV 2013, Tab. 2.2

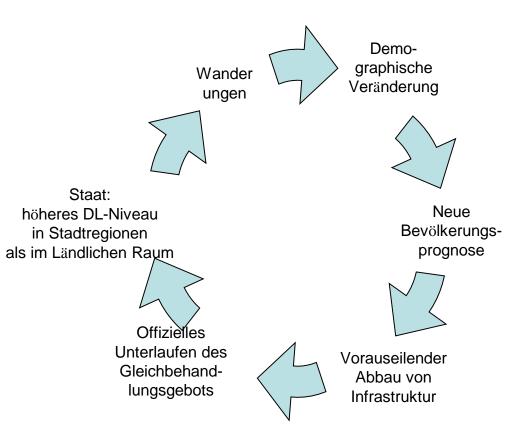
H. Klüter

Jene Zusammenhänge werden häufig mit Hilfe des unschuldig klingenden Begriffs "demographischer Wandel" anonymisiert oder verschleiert. Er ist in der Regel so gefasst, dass die neofeudalen Besitzstrukturen in der ostdeutschen Landwirtschaft nicht thematisiert zu werden brauchen.

# Gliederung

- 1. Ländliche Räume aus der Sicht der Stadt
- 2. Interessenkonstellation in ländlichen Räumen
- 3. Subjekte räumlicher Planung in MV
- 4. Geplante Resignation: "Ländliche Räume mit demographischen Herausforderungen"
- 5. Einige Ergebnisse des Zensus 2011
- 6. Leitbild "Garten der Metropolen"

## Wie funktioniert "demographischer Wandel"?



Als Ursache für die Bevölkerungsabnahme wird der so genannte "demographische Wandel" identifiziert. Die nach der Abwanderung verbleibende Restbevölkerung hat zu wenig junge Leute, um genügend Kinder zum Erhalt der Bevölkerung zu zeugen. Der demographische Wandel gilt quasi als gottgegeben und wird von der Landespolitik bis in die Ewigkeit verlängert. Er diente auch als Vorwand für die Kreisgebietsreform 2011.

# Vorzüge des Konzepts "Demographischer Wandel"

- Für die Landesentwicklung erstellt man statt der eigentlich notwendigen komplizierten Raumordnungsberichte billige, empirisch abenteuerliche "Bevölkerungsprognosen", die über die eigentliche Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung nichts aussagen. Der letzte Raumordnungsbericht MV stammt aus dem Jahr 1995.
- Man braucht sich nicht mehr um komplizierte Entwicklungsplanung zu kümmern, denn die Bevölkerung läuft ja doch weg – oder wird weniger.
- Als urban vorgebildeter Planer kann man auf diese Weise seine Inkompetenz in bezug auf Entwicklung ländlicher Räume verstecken.
- Negative Planung wie Abriss, Rückbau, Zerstörung also das, was man früher den Militärs überlassen hat – wird als Planungsphilosophie salonfähig.
- Fatalismus und Resignation sind als Planungsphilosophie ebenfalls gestattet.
- Man kann als Planer die Hände in den Schoß legen und lässt dem "demographischen Wandel" quasi-automatisch seinen Lauf – und führt im übrigen ein Leben, wie ein Planer in einer saturierten westdeutschen Region.

# "Demographischer Wandel" ist ...

## eine Kombination von

- angeblich demographischer, einseitiger, destruktiver, Analyse,
- falscher Wirtschaftspolitik, die die auf Entleerung Ländlicher Räume hinarbeitenden Strukturen (Agrarindustrie) stärker subventioniert, als die Gemeinden, die versuchen, gegen Entleerung zu steuern.
- zynischer Familienpolitik (Die reichste Gesellschaft, die MV je hatte, lässt 33,5 % ihrer Kinder in Armut aufwachsen. Der Austausch eines alten Autos wurde mit der Abwrackprämie stärker subventioniert, als ein Kind Kindergeld pro Jahr bekommt.),
- völlig unzureichender Bildungspolitik (die in den letzten 2 Jahrzehnten über ein Drittel der Landschulen geschlossen hat),
- und falscher Regionalpolitik (die immer noch öffentliche Gelder aus verarmenden Ländlichen Räumen in relativ reiche Städte transferiert, und zwar mit dem FAG).

# Armutsgefährdungsquoten 2012 nach soziodemografischen Merkmalen in Mecklenburg-Vorpommern – 1

Merkmal	Auf Basis des Bundes- medians	Auf Basis des regionalen Medians
	%	
Insgesamt	22,9	13,5
Alter		
unter 18	33,5	19,4
18 bis unter 25	36,2	24,6
25 bis unter 50	22,6	14,0
50 bis unter 65	22,1	13,8
65 und älter	13,9	5,2

Die Armutsgefährdung für unter 18-jährige lag 2010 bei 29,9% und 2011 bei 30,1%.

# Armutsgefährdungsquoten 2012 nach soziodemografischen Merkmalen in Mecklenburg-Vorpommern – 2

Merkmal	Auf Basis des Bundesmedians	Auf Basis des regionalen Medians	
	%		
Einpersonenhaushalte	38,0	26,2	
Zwei Erwachsene, keine Kinder	11,5	5,2	
Sonstige Haushalte ohne Kinder	13,4	7,0	
Ein(e) Erwachsene(r) und ein oder mehrere Kinder	58,1	36,3	
Zwei Erwachsene und ein Kind	17,5	9,0	
Zwei Erwachsene und zwei Kinder	21,9	12,6	
Zwei Erwachsene und drei oder mehr Kinder	46,1	25,6	
Sonstige Haushalte mit Kindern	29,9	15,5	

Abb 3.14 Armutsgefährdungsquoten der Haushalte mit zwei Erwachsenen und drei oder mehr Kindern 2012 nach Ländern gemessen am Bundesmedian in %



https://www.destat is.de/DE/Publikati onen/Thematisch/ Bevoelkerung/Hau shalteMikrozensus /Geburtentrends5 122203129004.pd f?\_\_blob=publicati onFile (2013-11-14)

Ergebnisse des Mikrozensus – Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Berechnung: IT.NRW.

2013 - 08 - 0870

# Armutsgefährdungsquoten 2012 nach soziodemografischen Merkmalen in Mecklenburg-Vorpommern – 3

Merkmal	Auf Basis des Bundesmedians	Auf Basis des regionalen Medians	
	(	%	
Erwerbstätige	12,6	6,4	
davon Selbstständige (inkl. mithelfende			
Familienangehörige)	(12,8)	/	
davon abhängig Erwerbstätige	12,6	6,4	
Erwerbslose	70,3	51,0	
Nichterwerbspersonen	27,5	16,0	
davon Rentner/innen und Pensionär/- innen <sup>2)</sup>	17,1	7,4	
davon Personen im Alter von unter 18 Jahren	33,6	19,5	
davon sonstige Nichterwerbspersonen	60,3	45,9	
Qualifikationsgruppe 3) der Person mit dem dem höchsten Einkommen im Haushalt			
Geringqualifizierte	51,5	34,8	
Qualifizierte	25,7	14,4	
Hochqualifizierte	8,2	4,8	

Aus: Stat. Berichte MV A153S 2012 00 vom 29.08.2013

# Wie stark sind Behörden des Landes Mecklenburg-Vorpommern der Ideologie des "demographischen Wandels" verhaftet?

Am 21.6.2013 - also 3 Wochen NACH dem Erscheinen der Zensusergebnisse für alle Gemeinden in ganz Deutschland - hat das Statistische Amt MV seine "aktualisierte 4. Landesprognose" bis 2030 veröffentlicht, und zwar auf Basis der Fortschreibungsdaten von 1981 auf das Jahr 2010 (<a href="http://cms.mv-">http://cms.mv-</a>

<u>regierung.de/cms2/STAM\_prod/STAM/de/bhf/Veroeffentlichungen/index.jsp?para=e-BiboInterTh01&linkid=020110&head=0201</u>). Diese Daten sind im Lichte der neuen Zensusdaten schlichtweg falsch. Natürlich sind auch die zugrunde gelegten Alterskohortendaten falsch.

- Die falsch prognostizierte "Entwicklung" bedeutet faktisch eine weitere Schrumpfung ländlicher Räume – als Vorwand, die dortige Infrastruktur auch in Zukunft weiter ausdünnen zu können.
- Die amtliche (!) Publikation enthält keinen Hinweis darauf, dass die zugrunde gelegten Daten veraltet sind.
- Die richtigen Ausgangsdaten stehen unter <u>www.zensus2011.de</u>

## Aus dem Entwurf zum neuen Landesraumentwicklungsprogramm 2015

#### 3.3.1 Ländliche Räume

- (1) Die Ländlichen Räume sollen im Rahmen von Entwicklungsstrategien so gesichert und weiterentwickelt werden, dass sie
- Ländliche Räume
- einen attraktiven und eigenständigen Lebens- und Wirtschaftsraum bilden.
- der dort lebenden Bevölkerung einen bedarfsgerechten Zugang zu Einrichtungen der Daseinsvorsorge ermöglichen sowie
- · ihre typische Siedlungsstruktur,
- das in regionaler kulturlandschaftlicher Differenzierung ausgeprägte kulturelle Erbe und
- ihre landschaftliche Vielfalt bewahren.
- (2) Die Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur in Ländlichen Räumen soll bedarfsgerecht aus- bzw. umgebaut werden.

Mobilität und Kommunikation

(3) Die nach Abbildung 10 festgelegten "Ländliche Räume mit besonderen demografischen Herausforderungen" sollen im Rahmen von Stabilisierungsstrategien so gesichert und entwickelt werden, dass, mit Blick auf die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse, der dort lebenden Bevölkerung insbesondere "Ländliche Räume mit besonderen demografischen Herausforderungen"

- der Zugang zu Leistungen der Daseinsvorsorge und
- die Nutzung einer angepassten Infrastruktur ermöglicht wird.

Dabei soll den spezifischen Problemlagen dieser Teilräume Rechnung getragen werden. Dazu wird es erforderlich sein auch hier auf neue, innovative und unkonventionelle Lösungen abzustellen.

Kernelemente der Stabilisierungsstrategien für die "Ländlichen Räume mit besonderen demografischen Herausforderungen" sind

- die Bereitschaft aller, neue Wege zu beschreiten,
- die kooperative Zusammenarbeit von kommunaler, kreislicher und Landesebene sowie

die Stärkung und Einbindung bürgerschaftlichen Engagements.

## Begründung:

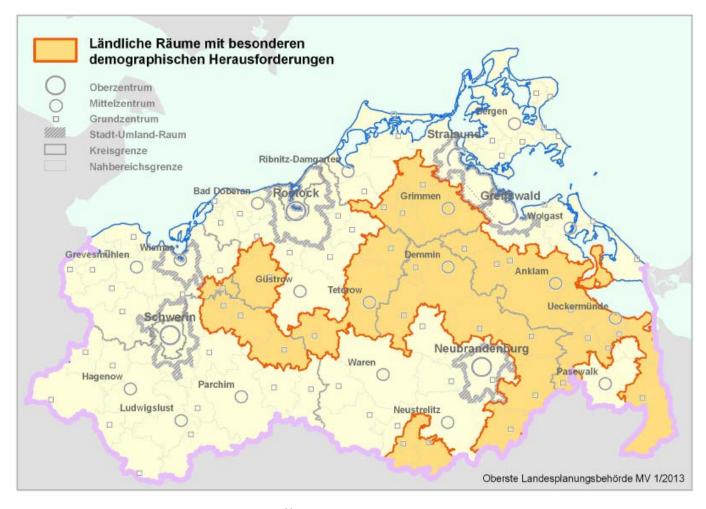
Die Ländlichen Räume umfassen mehr als 90 % der Landesfläche und prägen maßgeblich das Erscheinungsbild des Landes. Sie bilden die Kernräume des Landes ab und sind Lebensraum für gut 60 % der Bevölkerung. Hier befinden sich gut die Hälfte aller Arbeitsplätze<sup>36</sup> und die mit am leistungsfähigsten Agrarbetriebe Deutschlands. Die Ländlichen Räume werden durch viele kleine Dörfer, größere Siedlungen und Städte, eine Vielzahl an geschützten Flächen für Landschafts- und Naturschutz, die lange Ostseeküste und zahlreiche Binnengewässer, bemerkenswerte Kultur- und sonstige vielfältige Infrastruktureinrichtungen geprägt.

All dies gilt es zu sichern und weiter zu entwickeln. Unter den Bedingungen des demografischen Wandels und der zunehmend enger werdenden finanziellen Spielräume kommt es darauf an, in Ländlichen Räumen nachhaltige Strukturen zu schaffen, mit denen dort wo die wirtschaftlichen Verhältnisse absehbar schwieriger werden, regionale Wertschöpfung generiert werden kann. Neben traditionellen Erwerbsquellen (Handwerk, Land- und Forstwirtschaft etc.) kommt dabei dem Tourismus, zunehmend aber auch der Energieerzeugung, eine maßgebliche Rolle zu. Die in Deutschland eingeleitete Energiewende bietet die Chance auch dort, wo es ansonsten nur geringe wirtschaftliche Entwicklungspotenziale gibt, am Wirtschaftskreislauf teilzunehmen<sup>37</sup>. Hochwertige und gut bezahlte Arbeitsplätze bieten jungen Leuten die Chance in ihrer Heimat zu bleiben und sind wesentliche Voraussetzungen für die Zukunftsfähigkeit der Ländlichen Räume.

Für die Bevölkerung der Ländlichen Räume ist es elementar, sich in zumutbarer Entfernung bedarfsgerecht versorgen zu können. Das Zentrale-Orte-System definiert die Versorgungsstandorte in Ländlichen Räumen<sup>38</sup>. Damit sollte sichergestellt sein, dass aus der Fläche heraus in der Regel ein Versorgungsstandort in maximal 10 bis 15 km Entfernung erreichbar ist. Über die Zentrale-Orte-Strategie hinaus können durch Eigeninitiativen und ehrenamtliches Engagement in den Dörfern Versorgungsstrukturen gehalten oder neu belebt werden. Die Raumordnung unterstützt den Aufbau derartiger örtlicher Initiativen.

Eigeninitiative und Engagement sind auch Merkmale der sogenannten "Raumpioniere". Diese orientieren sich stark auf die Ländlichen Räume und besetzen dort Freiräume, die sie mit neuen Funktionen beleben. Raumpioniere zeichnen sich durch Kreativität aus und bevorzugen unkonventionelle Lösungen. Sie sind daher planerisch kaum steuerbar, tragen aber durchaus zur Entwicklung der Ländlichen Räume bei. Als Beispiele sei auf Aktionen in der Stadt Wittenburg verwiesen, wo im Rahmen von Freiluftausstellungen mit Kunstobjekten 2012 das Problem des hohen Leerstands in der Innenstadt bürgernah angegangen wurde oder auf Aktionen in der Region Stettiner Haff im Rahmen eines Modellvorhabens der Raumordnung<sup>39</sup>.

Ländliche Siedlungsstruktur, kulturelles Erbe und landschaftliche Vielfalt schaffen für die in Ländlichen Räumen lebenden Menschen Identität und sind daher ein nicht zu unterschätzender Haltefaktor. Hiermit gilt es verantwortungsvoll umzugehen, d. h. die vorhandenen Strukturen zu sichern und behutsam weiter zu entwickeln. Einer modernen, den Raumstrukturen angepassten Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur kommt in Ländlichen Räumen eine besondere Bedeutung zu. Wenn in Ländlichen Räumen aufgrund der sich durch den demografischen Wandel verringernden Tragfähigkeit eine Ausdünnung von Infrastrukturen unvermeidbar ist, so muss eine Kompensation durch moderne Verkehrs- oder Kommunikationseinrichtungen erfolgen. Konkret bedeutet das – nach dem Motto "kommt die Einrichtung nicht zum Bürger, muss der Bürger zur Einrichtung kommen": Wenn eine wichtige Infrastruktureinrichtung vor Ort nicht gehalten werden kann, muss eine derartige Einrichtung im nächsten Zentralen Ort zumindest erreichbar sein. Um dies zu erreichen, müssen vor allem für besonders dünn besiedelte Räume neue, innovative und gegebenenfalls auch unkonventionelle Lösungen entwickelt und umgesetzt werden. Schnelle Internetverbindungen können auch eine Umkehrung des Mottos nach sich ziehen: Via Internet kommt die Einrichtung zum Bürger. Außerdem ermöglichen schnelle Internetanbindungen wohnortnahes Arbeiten, insbesondere für Freiberufler und durch Telearbeitsplätze, sowie die Beschaffung von Waren und Inanspruchnahme von Dienstleistungen. Sie erleichtern auch die Anwendung telemedizinischer Hilfsmittel.



Karten, Texte und Erläuterungen von: http://www.regierung-mv.de/cms2/Regierungsportal\_prod/Regierungsportal/de/vm/Themen/Landes-\_und\_Regionalentwicklung/Fortschreibung\_Landesraumentwicklungsprogramm/index.jsp

Im diesem Text des LEP-Entwurfs werden so viele Negativ-Eigenschaften der betroffenen ländlichen Räume aufgezählt, dass jeder nicht agrarindustrielle Investor nachhaltig abgeschreckt wird.

Ausgehend davon, dass die Landesplanung im Westen des Landes, in Schwerin, ansässig ist, wird verständlich, dass sie diese Horrorplanungskategorie nicht in ihrer Nähe haben möchte.

Der "ländliche Raum mit besonderen demographischen Herausforderungen" betrifft also vor allem den Osten des Landes, und hier wiederum die Regionen entlang der Kreisgrenzen im Binnenland.

Die Großkreise Mecklenburgische Seenplatte und Vorpommern-Greifswald sind am stärksten betroffen.

Die beiden Großviehanlagenstandorte Ferdinandshof und Alt-Tellin sind großräumig "demographisch herausgefordert". Vergleicht man diese Karte mit der Karte der agrarindustriellen Schadstoffemittenten des Umweltbundesamtes (PRTR-Register), wurden auch andere Großbetriebe bedient.

## Gliederung

- 1. Ländliche Räume aus der Sicht der Stadt
- 2. Interessenkonstellation in ländlichen Räumen
- 3. Subjekte räumlicher Planung in MV
- 4. Geplante Resignation: "Ländliche Räume mit demographischen Herausforderungen"
- 5. Einige Ergebnisse des Zensus 2011
- 6. Leitbild "Garten der Metropolen"

# Zu den Fehlerquoten der Landesprognose 2010 Wanderungssalden:

Jahr	Prognostiziert nach Variante 2	real	Abweichung
2011	-6143	-1694	262%
2012	-6627	-615	977%
2013	-5784	<ol> <li>Halbjahr:</li> <li>+711</li> </ol>	

Die Prognose umfasst den Zeitraum bis 2030. Sie bildet die Grundlage für das Landesraumentwicklungsprogramm 2016, dessen Entwurf im Netz steht.

Ein positiver Wanderungssaldo garantiert noch keine positive Bevölkerungsentwicklung. Immerhin wiesen in MV 33 von 118 Einheiten auf Ämterebene in der Zeit vom 31.12.12 bis zum 1.6.13 eine positive Bevölkerungsentwicklung auf:

		Bevölkeru	Veränderung			
	1.1.		30.6.			
Amt	insgesamt		männl ich	weibli ch	Personen	Prozent
Lübtheen, Stadt	4 653	4 754	2 431	2 323	101	2,1706
Boizenburg-Land	7 291	7 378	3 888	3 490	87	1,1933
Usedom-Nord	8 984	9 077	4 389	4 688	93	1,0352
Bad Doberan-Land	11 433	11 547	5 788	5 759	114	0,9971
Bad Doberan, Stadt	11 427	11 538	5 519	6 019	111	0,9714
Kühlungsborn, Stadt	7 378	7 436	3 527	3 909	58	0,7861
Mönchgut-Granitz	6 927	6 978	3 350	3 628	51	0,7362
Nord-Rügen	8 004	8 062	4 047	4 015	58	0,7246
Binz	5 146	5 182	2 451	2 731	36	0,6996
Neustadt-Glewe	7 460	7 510	3 770	3 740	50	0,6702
Boizenburg/Elbe, Stadt	10 169	10 227	5 039	5 188	58	0,5704
Zarrentin	9 603	9 657	4 933	4 724	54	0,5623

H. Klüter: Benachteiligung ländlicher Räume in MV

Von den 33 Einheiten (28% von 118) entfallen 12 auf Stadtregionen und Städtenetze (Gesamtzahl: 38, entsprechend 32%),

11 auf Ländliche Räume mit starker Wirtschaftskraft (28, entsprechend 39%),

8 auf Ländliche Räume entlang überregionaler Verkehrsachsen (30) entsprechend 27%,

1 auf Landstädte (12),

1 auf den dünn besiedelten ländlichen Raum (8).

In diesen Wachstumsregionen wohnen 22,8% der Bevölkerung auf 17,6% der Fläche des Landes. Rostock und Greifswald sind nicht dabei, denn der große Studentenschub kommt erst im Wintersemester.

Putbus, Stadt	4 294	4 317	2 123	2 194	23	0,5356
Wittenburg	8 982	9 030	4 579	4 451	48	0,5344
Seenlandschaft Waren	9 402	9 450	4 750	4 700	48	0,5105
Schwaan	7 537	7 573	3 792	3 781	36	0,4776
Zingst	3 030	3 043	1 450	1 593	13	0,4290
Graal-Müritz	4 184	4 199	1 890	2 309	15	0,3585
Neubukow-Salzhaff	6 631	6 651	3 336	3 315	20	0,3016
Dummerstorf	7 109	7 126	3 777	3 349	17	0,2391
Schwerin	91 264	91 482	43 312	48 170	218	0,2389
Sassnitz, Stadt	9 498	9 519	4 540	4 979	21	0,2211
Warnow-West	16 070	16 105	8 021	8 084	35	0,2178
Sanitz	5 700	5 712	2 868	2 844	12	0,2105

Auf Gemeindeebene wird das Bild noch bunter.

Mit Grimmen, Lassan, Blankensee, Völschow, Klein-Bünzow, Bugewitz und vielen anderen hatten viele Orte eine positive Bevölkerungsentwicklung, die die Landesplanung unter dem Etikett der "ländlichen Räume mit besonderen demografischen Herausforderungen" abgeschrieben hatte.

## Gliederung

- 1. Ländliche Räume aus der Sicht der Stadt
- 2. Interessenkonstellation in ländlichen Räumen
- 3. Subjekte räumlicher Planung in MV
- 4. Geplante Resignation: "Ländliche Räume mit demographischen Herausforderungen"
- 5. Einige Ergebnisse des Zensus 2011
- 6. Leitbild "Garten der Metropolen"

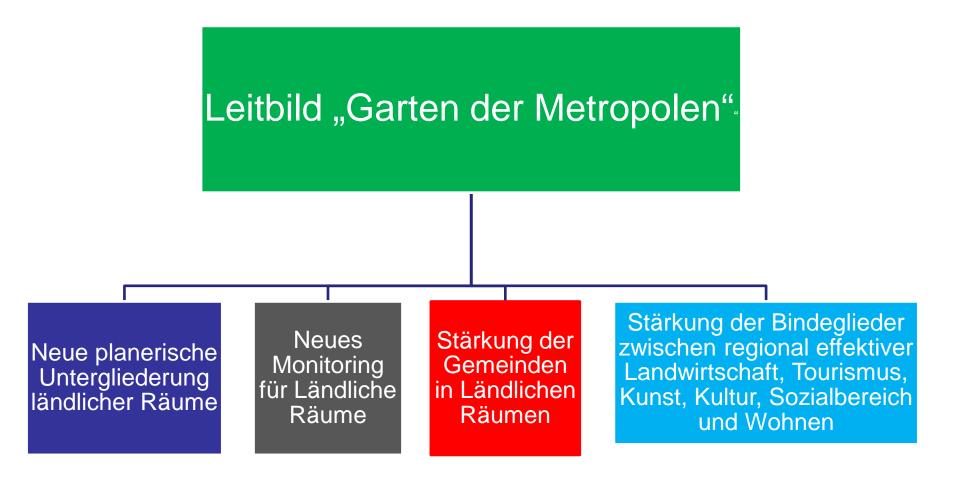
## "Garten der Metropolen"

kann für die ländlichen Räume in Nordostdeutschland das de-facto-Leitbild des "Demographischen Wandels" ersetzen.

### "Garten der Metropolen" als neues Leitbild

#### "Garten der Metropolen" verbindet

- den Freizeit- und Erholungswert ländlicher Räume für die Einwohner der Agglomerationen Berlin, Hamburg, Rostock und Szczecin
- mit einer regional effektiven Landwirtschaft,
- Eine derartige überwiegend klein- und mittelbetrieblich strukturierte Landwirtschaft bedient mit der Erzeugung hochwertiger, ökologisch einwandfreier Produkte die Nachfrage der eigenen Bevölkerung und der Metropolen,
- kooperiert mit einem regional angepassten Produktionsund Dienstleistungssektor, einschließlich urbaner Sektoren, bei denen der Arbeitsplatz nicht oder zeitweise nicht mehr city-gebunden zu sein braucht,
- sowie mit qualitativ hochwertigem Wohnen und Arbeiten vor ländlicher Kulisse.



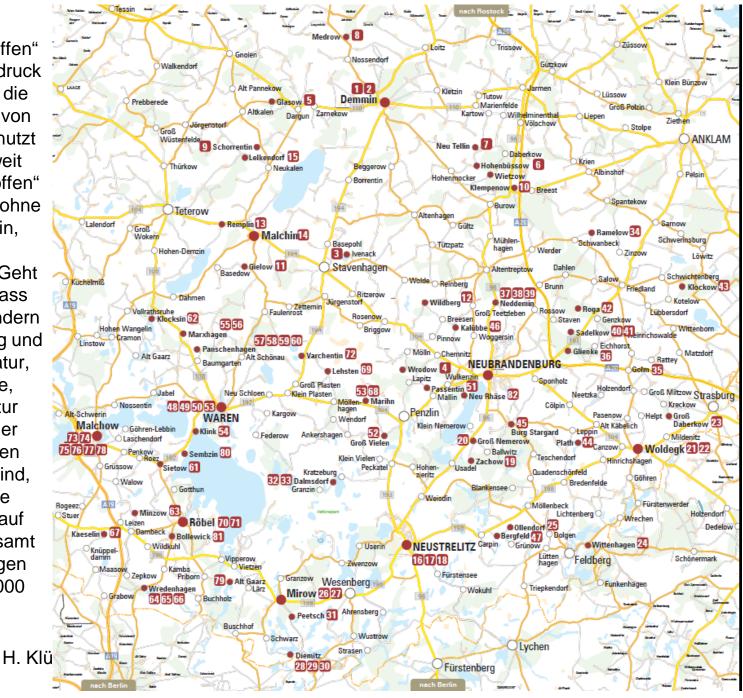
# Neue planerische Untergliederung ländlicher Räume

- Im neuen Landesraumentwicklungsprogramm müssen die räumlichen Überschneidungen zwischen den Vorbehaltsgebieten Tourismus, Landwirtschaft, Naturschutz und Landschaftspflege drastisch reduziert werden.
- Der ländliche Raum als Planungskategorie muss weiter differenziert werden, und zwar in:
  - + Ländlicher Raum mit starker Wirtschaftsbasis (Tourismus),
  - + Ländlicher Raum entlang überregionaler Verkehrsachsen,
  - + Landstädte,
  - + dünn besiedelter Ländlicher Raum.
- In Ländlichen Räumen mit starker Wirtschaftsbasis muss die Zweitwohnsitzentwicklung gebremst und gesteuert werden.
- Im Ländlichen Raum entlang überregionaler Verkehrsachsen, in Landstädten und im dünn besiedelten Ländlichen Raum sollten bestehende Ortskerne Wohnbrachen für Zweitwohnsitznehmer begünstigt werden.

## Neues Monitoring für Ländliche Räume

- Wie in anderen Ländern Europas auch müssen Zweitund Drittwohnsitze systematisch erfasst werden.
- Die Verbindungen zwischen Landwirtschaft und anderen Wirtschaftssektoren müssen genauer untersucht werden. In einer dänischen Studie zur Lebensauffassung von Landwirten auf Jütland bezeichneten sich 178 von insgesamt 323 Befragten als "Hobby-Landwirte". Harte agrarische Erwerbs- und Gewinnmaximierungsinteressen stehen bei ihnen nicht mehr im Vordergrund.
- Die soziale und bildungsbezogene Infrastruktur in ländlichen Räumen muss entsprechend umprogrammiert und umstrukturiert werden. Sie muss in die Lage versetzt werden, "Stadtflüchter" mit ihren Familien und Touristen optimal zu bedienen.

Das Event "Kunst offen" vermittelt einen Eindruck darüber, wie stark die ländlichen Räume von "Stadtflüchtern" genutzt werden. Landesweit präsentiert "Kunst offen" 2013 594 Künstler (ohne Rostock, Schwerin, Wismar, Neubrandenburg). Geht man davon aus, dass nicht nur Kunst, sondern die Bereiche Bildung und Hochschule, Literatur, Musik, Fotografie, Design, Architektur bereits in ähnlicher Weise in ländlichen Räumen präsent sind, dann umfasst die "kreative Klasse" auf dem Lande in MV samt Familienangehörigen etwa 5.000 bis 7.000 Personen.





#### **Region Demmin**

89 BLÜTENGARTEN KLATZOW Steffen Peters u. Christian Uffmann Klatzow 14 d 17087 Altentreptow petuffteddy@t-online.de

Direkt im Tollensetal gelegen findet man im Carten auf ca. 1,000 m<sup>2</sup> Staudenbeete, einen Bachlauf mit Miniteich sowie einen Gemüsegarten mit Gewächshaus. Unterm Walnussbaum entstand ein neues Mixed Border, Zahlreiche Hostas, Phäonien und Geranien fühlen sich bei uns genauso wohl wie Duftrosen. Weiterhin haben bei uns Duft- und Kübelpflanzen sowie über 50 Fuchsien ein Zuhause gefunden. Verschiedene Sitzplätze laden zum Verweilen ein. Eine kleine Teddyausstellung bereichert Ihren Besuch.

90 BAUMSCHULE HAGER Inhaber Michael Hager Schulstraße 25 17089 Bartow info@baumschule-hager.de www.baumschule-hager.de

kleine Familienbetrieb seine Besu-

cher mit einer außergewöhnlichen

geöffnet: 22./23. Juni v. 10-18 Uhr 22. Jahrmarktes zu besichtigen. Biobauern + Cärtner + ausgegroßartiges Fest. Auch in diesem Jahr möchte der

Pflanzenvielfalt verzaubern, Ein neuer Rundweg durch das etwa einen Hektar große Celände erleichtert die Orientierung und führt durch verschiedene Pflanzenquartiere mit Rosen, Blütenstauden, Rhododendren, Kräutern bis hin zu Obstgehölzen. Indes ist auch ein weiterer Schaugarten entstanden, der mit exklusiven Pflanzenraritäten bestückt ist. Pflanzenverkauf und Kaffeetafel an beiden Tagen. geöffnet: 22./23. Juni v. 10-18 Uhr **方**器 無

91 KULTUR-TRANSIT-96 e.V. Burg Klempenow 17089 Breest (OT Klempenow) verein@burg-klempenow.de www.burg-klempenow.de Liebevoll gepflegter Kräuter- und Bauerngarten am Fuße der Burg Klempenow. Er ist im Rahmen des wählte Kunsthandwerker bieten ihre Produkte an. Burgbesichtigung, Caleriebesuch, Ausstellung, Auftritte von Künstlern versprechen ein geöffnet: 22./23. Juni v. 10-18 Uhr 器 4€/6€ 爲

122 LUPLOWER KRÄUTERSALAT Jana Schäfer Voßfelder Straße 35 17091 Rosenow info@kraeutersalat.de www.kraeutersalat.de Luplower Bauerngarten Auch in diesem Jahr ist nach dem umfangreichen Frühlingsputz und einigen neu gestalteten Hochbeeten der Bauerngarten zu neuem Leben erwacht. Der mehr als 1000 m² große Schaugarten zeigt sich als klar strukturierter Carten mit Wegekreuz und Buchseinfassung. Neben einer großen Minzen-Vielfalt finden sich in den Beeten "alte und neue" Kräuter, Blumen und Cemüse. Die meisten der im Schaugarten vorhandenen Pflanzen können als Jungpflanze käuflich erworben werden. Wir beraten Sie gern zu Anbau und Verwendung der Pflanzen. Neben Führungen im Carten finden auf Nachfrage zu anderen

Terminen auch Workshops für alle Altersklassen zu Kräutern im Carten und auf der Wiese statt. An beiden Tagen finden ganztägig Führungen im Carten statt. Man kann aber ebenso in den gemütlichen Sitzecken eine Pause machen und bei einem Kaffee oder Tee und frischem Blechkuchen Kräfte sammeln für die weiteren Cärten der Region. geöffnet: 22./23. Juni v. 10-18 Uhr 立為器(图

HEIMATSTUF" e.V. GIELOW Birgit Leupold Heimatstube Gielow Straße der Einheit 78 17139 Gielow wolieg@t-online.de Der Bauerngarten wurde 2011 aufgebaut auf 300 m2. Am Aufbau waren die Mitglieder des Vereins, die Gemeindearbeiter des Ortes,

93 BAUERNGARTEN "UNS

Ein weiteres Event, das die Entwicklungsfähigkeit ländlicher Räume repräsentiert, ist der Tag der "Offenen Gärten". Im Jahr 2013 beteiligten sich daran Über 132 Gartenbesitzer mit ihren Familien und Bekannte daran. Die meisten von ihnen Sind entweder aus den Städten oder aus ande-Ren Bundesländern zugezogen.



## Sukzession vom Urlauber zum Erstwohnsitznehmer



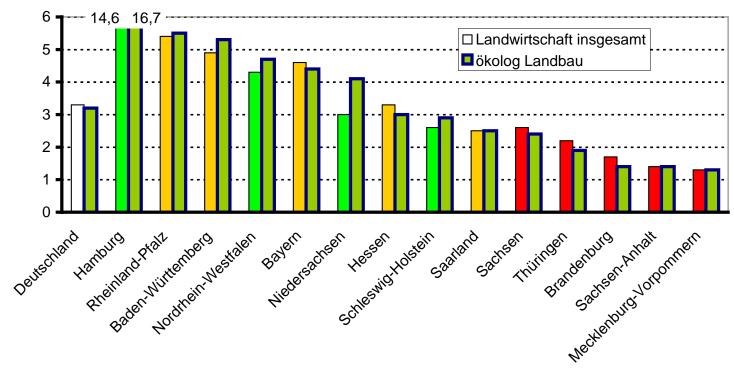
## Stärkung der Gemeinden in Ländlichen Räumen

- In Mecklenburg-Vorpommern ist eine Gemeindereform mit dem Ziel durchzuführen, dass jede Gemeinde in der Lage ist, die Aufgaben der Kommunalverfassung selbständig für alle Bewohner zu erfüllen.
- Für die Ausstattung der Ländlichen Räume mit öffentlicher Infrastruktur (Schulen, Krankenversorgung, Sozial- und Seniorenversorgung) sind die derzeitigen Benachteiligungen (FAG, "Zentrale-Orte-Konzept") gegenüber urbanen Räumen abzubauen.
- Für die Bemessung der Ausstattung sind die bisherigen urbanen Richtwerte ungenügend bzw. verfassungswidrig. Für die Ländlichen Räume sind eigene Richtwertsysteme zu entwickeln (wie in Skandinavien).

# Stärkung der Bindeglieder zwischen regional effektiver Landwirtschaft, Tourismus, Sozialbereich und Wohnen

- Die natürlichen Bindeglieder zwischen Landwirtschaft, Tourismus, Sozialbereich und Wohnen müssen gestärkt werden.
- Dabei sollte Einkommenskombinationen mit
  - + Verarbeitung und Direktvermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse
  - + Fremdenverkehr, Gastronomie, Beherbergung,
  - + Kultur- und Denkmalpflege,
  - + Pensions- und Reitsportpferdehaltung,
  - + Herstellung handwerklicher Erzeugnisse besonders gefördert werden.
- Bei der Vorortversorgung mit Gütern und Dienstleistungen sollen Produzenten und Anbieter aus der Region besonders berücksichtigt werden.

### Arbeitskräfteleistung (AK-E) je 100 ha landwirtschaftlicher AK-E/100 ha Nutzfläche 2010



hellgrün = Nordwestdeutschland, rot = Ostdeutschland, braun = Süddeutschland. Berechnet nach: Stat. Bund.-amt, Betriebe im ökol. Landbau 2011, Tab. 0304

H. Klüter

# Planungserfordernisse für den "Garten der Metropolen" Raumordnungsberichte und Landesraumentwicklungsplan

- Die Landesregierung muss ihre falsche, vom "demographischen Wandel" inspirierte Bevölkerungsprognose aus dem Netz nehmen und vernichten.
- Statt zweifelhafter Bevölkerungsprognosen muss ein neuer
   Raumordnungsbericht erstellt werden. Der letzte von 1995 ist veraltet.
- Im neuen Landesraumentwicklungsprogramm müssen die jetzt dominierenden Überschneidungsflächen zwischen den 3 Vorbehaltskategorien Tourismus, Landwirtschaft sowie Naturschutz und Landschaftspflege minimiert werden. Dies muss auch für die folgenden Regionalen Raumentwicklungsprogramme gelten.
- Für die Ausstattung der Ländlichen Räume mit öffentlicher Infrastruktur (Schulen, Krankenversorgung, Sozial- und Seniorenversorgung) sind die derzeitigen, quasi gesetzlich verordneten Benachteiligungen (FAG, "Zentrale-Orte-Konzept") gegenüber urbanen Räumen abzubauen.
- Für die Bemessung Ausstattung mit Infrastruktur sind die bisherigen überwiegend urbanen Richtwerte ungenügend bzw. verfassungswidrig. Für die Ländlichen Räume sind eigene Richtwertsysteme zu entwickeln (wie in Skandinavien).

## Planungserfordernisse für den "Garten der Metropolen" Gemeinden

- Die Gemeinden in ländlichen Räumen müssen durch eine Kommunalreform derart gestärkt werden, dass sie die Aufgaben der Kommunalverfassung MV eigenständig erfüllen können. Nur so können sie sich der fortgesetzten Entmündigung durch Amts- und Kreisverwaltungen entziehen. Nur so können das krebsartige Wachstum der Kreisverwaltungen und Erhöhung der Kreisumlage eingedämmt werden.
- Für die Erfassung der Bevölkerung in ländlichen Räumen ist ein neues Monitoring nötig, in dem auch die Zweit- und Drittwohnsitznehmer erfasst werden.
- Es müssen Mittel und Wege gefunden werden, die Zweit- und Drittwohnsitznehmer nicht nur an der wirtschaftlichen, sondern auch an der politischen Entwicklung in ländlichen Räumen zu beteiligen.

# Planungserfordernisse für den "Garten der Metropolen" Agrarindustrie

- Agrarindustrielle Anlagen und Betriebe müssen aus der Landwirtschaftsförderung herausgenommen werden.
- Die Neuansiedlung agrarindustrieller Betriebe kann nur nach einem Raumordnungsverfahren mit einem für den Investor positiven Ausgang genehmigt werden.
- In allen Raumkategorien sind die Belange der Agrarindustrie denen des Tourismus, der Landwirtschaft und der Siedlungsentwicklung (einschließlich der Zweitwohnsitze) nachzuordnen (Aufgaben für das neue Landesraumentwicklungsprogramm MV).
- Seit März 2010 arbeitet in Brandenburg eine Enquete-Kommission des Landtags an der "Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg". Im Rahmen dieser Kommission wurde erstmals aufgezeigt, in welchem Maße Besitzveränderungen und Pachtverhältnisse in ländlichen Räumen unrechtmäßig zustande gekommen sind, und welche Auswirkungen das bis heute hat. Der Gang der Diskussion, insbesondere die Anhörung eines ehemaligen Landwirtschaftsministers aus Mecklenburg-Vorpommern, haben gezeigt, dass eine derartige Kommission für MV mindestens ebenso notwendig ist wie für Brandenburg.

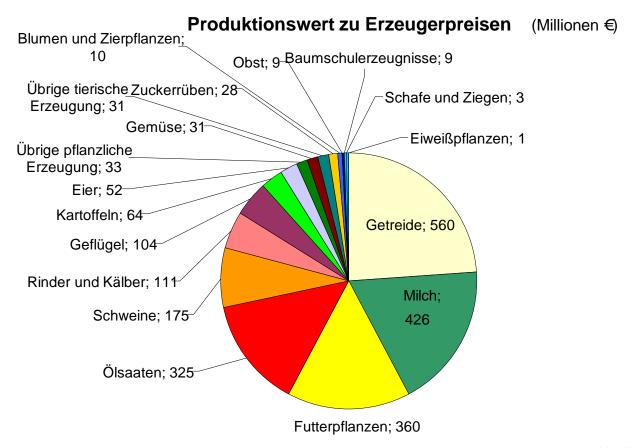
## Fraglos

gibt es Fragen....

Folien, die in der anschließenden Diskussion genutzt wurden:

Das Gesamtportfolio der Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern zeigt, dass das Angebot bei den "teuren" Produktgruppen wie Baumschulerzeugnissen, Obst, Gemüse, Blumen und Zierpflanzen nicht mehr ausreicht, um die Nachfrage im Land zu decken.

#### Portfolio der Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns 2010 nach

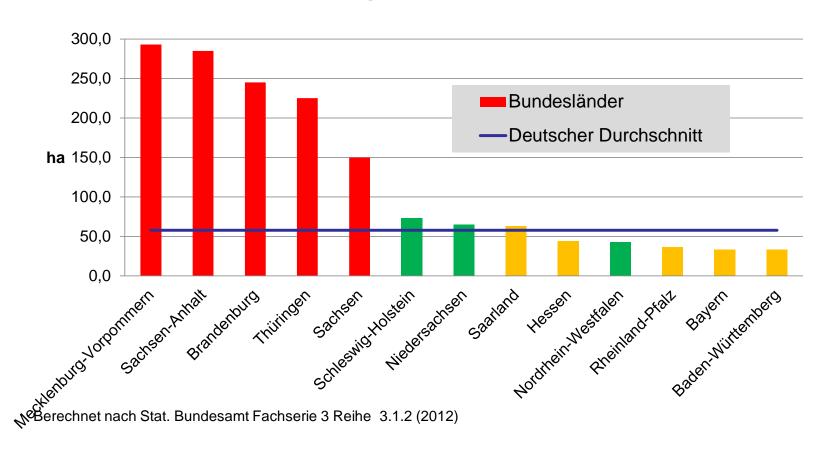


Berechnet nach: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

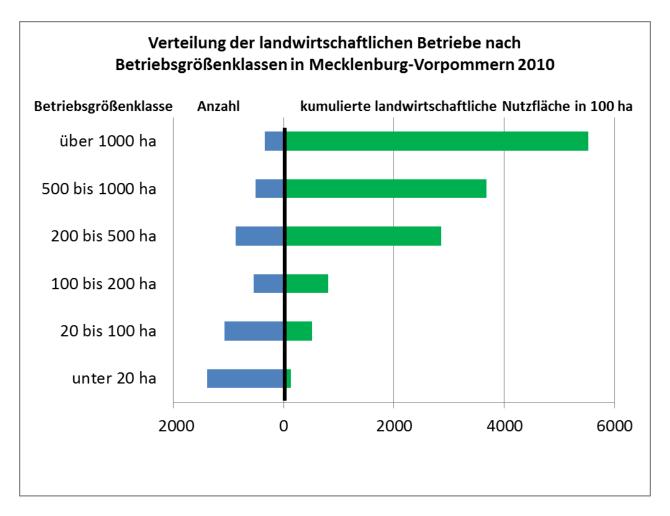
H. Klüter

Mit 293 ha sind die Agrarbetriebe in MV fünfmal größer als im deutschen Durchschnitt (58 ha). Zwei Drittel der landwirtschaftlichen Nutzfläche von Mecklenburg-Vorpommern wird von Betrieben mit mehr als 500 ha bearbeitet. Derartige Betriebe können nicht mehr als Familienbetriebe geführt werden.

#### Durchschnittliche Flächengröße landwirtschaftlicher Betriebe 2012



920.348 ha (68% der landwirtschaftlichen Nutzfläche) befinden sich in der Verfügung von nur 855 agrarindustriellen Betrieben mit mehr als 500 ha. In Nordrhein-Westfalen gab es 2010 32 Betriebe dieser Größenordnung, die mit 23.891 ha 1,6% der dortigen landwirtschaftlichen Nutzflächen bewirtschafteten.



H. Klüter: Benachteiligung ländlicher Räume in MV

Die Großbetriebe in den ostdeutschen Ländern mit mehr als 300.000 € Zahlungsansprüchen stellen dort die jeweils volumenreichsten Klassen. In allen westdeutschen Bundesländern bilden die Betriebe mit 20.000 bis 50.000 € die volumenreichsten Klassen.

Verteilung des Volumens des Gesamtwertes der ZA <sup>(1)</sup> nach der Höhe der Summe des Werts der den Betriebsinhabern (Bi) zur Verfügung <sup>(2)</sup> stehenden Zahlungsansprüche (ZA) 2012 und nach Region Stand 18 01 2013

Land	Gesamtwert der ZA von Bi mit ZA im Wert							Wert der ZA gesamt	
	bis	über 5.000	über 10.000	über 20.000	über 50.000	über 100.000	über		
	5.000 €	bis 10.000 €	bis 20.000 €	bis 50.000 €	bis 100.000 €	bis 300.000 €	300.000 €		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
BW	43.218.013,00	53.429.117,00	102.639.016,00	175.814.396,00	50.823.742,00	8.125.063,00	3.544.721,00	437.594.068,00	7,51
BY	104.583.100,00	176.311.840,00	318.527.716,00	419.337.990,00	111.512.660,00	26.209.189,00	5.872.805,00	1.162.355.300,00	19,95
BB & BE	4.109.285,00	4.738.539,00	8.388.949,00	22.858.296,00	40.265.406,00	130.592.857,00	192.604.835,00	403.558.167,00	6,93
HE	20.991.904,00	24.829.439,00	45.640.682,00	91.978.831,00	42.194.735,00	11.219.796,00	0,00	236.855.387,00	4,07
MV	2.863.649,00	3.387.191,00	5.961.955,00	17.997.396,00	43.401.845,00	169.167.950,00	207.812.355,00	450.592.341,00	7,73
NI & HB	32.910.424,00	45.073.289,00	127.099.821,00	421.147.961,00	225.229.469,00	105.052.647,00	14.187.759,00	970.701.370,00	16,66
NW	36.973.599,00	47.524.980,00	115.477.748,00	254.857.503,00	75.896.379,00	21.502.227,00	3.766.844,00	555.999.280,00	9,54
RP	11.749.813,00	14.809.666,00	33.569.657,00	84.339.469,00	38.081.289,00	7.519.828,00	0,00	190.069.722,00	3,26
SL	1.025.200,00	1.331.341,00	2.786.920,00	10.033.820,00	6.615.671,00	1.373.424,00	0,00	23.166.376,00	0,40
SN	7.001.161,00	6.475.774,00	9.337.807,00	25.092.581,00	34.934.888,00	66.482.429,00	177.894.925,00	327.219.565,00	5,62
ST	2.422.090,00	3.045.203,00	5.966.485,00	17.877.076,00	42.725.515,00	140.651.119,00	205.156.516,00	417.844.004,00	7,17
SH & HH	9.867.501,00	11.870.112,00	31.944.324,00	152.774.818,00	105.674.756,00	54.827.681,00	8.063.801,00	375.022.993,00	6,44
TH	4.335.246,00	3.058.927,00	4.272.311,00	12.740.485,00	23.563.141,00	57.565.763,00	169.418.652,00	274.954.525,00	4,72
D	282.050.985,00	395.885.418,00	811.613.391,00	1.706.850.622,00	840.919.496,00	800.289.973,00	988.323.213,00	5.825.933.098,00	100,00
	4,84%	6,80%	13,93%	29,30%	14,43%	13,74%	16,96%		

<sup>(1)</sup> Bei Betriebsinhabern mit ZA in mehreren Regionen werden die ZA für diese Auswertung der Region zugeordnet, in der der Bi seinen Betriebssitz hat.

<sup>(2)</sup> zur Verfügung = zugeteilte, gekaufte, gepachtete, abzüglich verkaufte, verpachtete ZA

Die zahlenmäßig größte Klasse der Agrarbetriebe nach Anzahl der Betriebe ist die mit 10.000 bis 20.000 € Zahlungsansprüchen. Kumuliert erhält diese Klasse (56.135 Betriebe) weniger Subventionen als die fast ausschließlich in Ostdeutschland angesiedelten 1.844 Großbetriebe mit Ansprüchen von über 300.000 €.

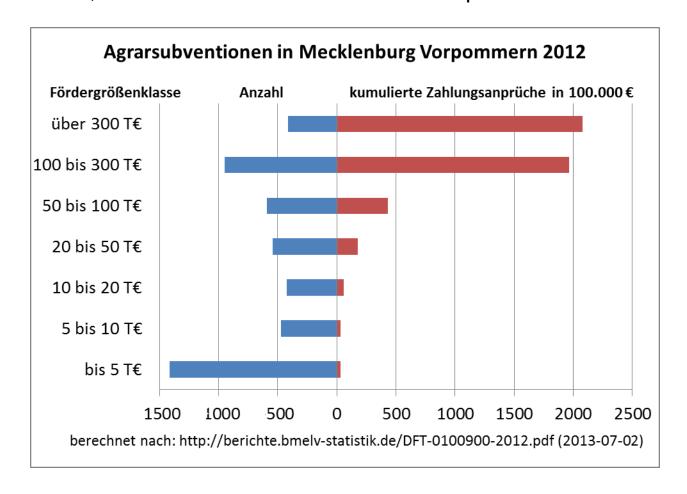
Verteilung der Betriebsinhaber (Bi) nach der Höhe der Summe des Werts der den Betriebsinhabern zur Verfügung<sup>(1)</sup> stehenden Zahlungsansprüche (ZA) 2012 und nach Region<sup>(2)</sup>
Stand 18.01.2013

Land	durchschnittliche	davon Anzahl der Bi mit einer Summe ihrer ZA im Wert							Betriebsinhaber gesamt	
	Höhe der									
	Summen der ZA									
	je Bi									
		bis	über 5.000	über 10.000	über 20.000	über 50.000	über 100.000	über	Anzahl	%
	€	5.000 €	bis 10.000 €	bis 20.000 €	bis 50.000 €	bis 100.000 €	bis 300.000 €	300.000€		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
DIV	0.057.00	22.214	7.404	7.120	5 071	000	60		12.661	12.12
BW	9.957,00	22.314	7.484	7.128	5.871	800	60	4	43.661	13,13
BY	10.296,40	49.127	24.659	22.355	14.309	1.739	194	12	112.395	33,81
BB & BE	86.572,80	2.113	657	590	683	563	726	379	5.711	1,72
HE	10.770,50	11.377	3.498	3.178	2.993	653	81	0	21.780	6,55
MV	88.507,50	1.415	474	422	542	593	946	414	4.806	1,45
NI & HB	20.160,50	18.044	6.250	8.571	13.364	3.399	743	32	50.403	15,16
NW	11.839,70	22.137	6.595	7.883	<mark>8.46</mark> 0	1.173	148	9	46.405	13,96
RP	13.490,50	6.231	2.057	2.302	2.719	592	59	0	13.960	4,20
SL	17.405,10	506	192	195	301	102	12	0	1.308	0,39
SN	43.260,00	3.900	915	653	765	495	373	316	7.417	2,23
ST	89.263,70	1.183	424	415	543	581	815	371	4.332	1,30
SH & HH	34.886,60	5.148	1.645	2.144	4.656	1.596	365	19	15.573	4,68
TH	57.056,20	2.597	439	299	387	330	319	288	4.659	1,40
D	17.319,10	146.092	55.289	56.135	55.593	12.616	4.841	1.844	332.410	100
		43,95%	16,63%	16,89%	16,72%	3,80%	1,46%	0,55%		

<sup>(1)</sup> zur Verfügung = zugeteilte, gekaufte, gepachtete, abzüglich verkaufte, verpachtete ZA

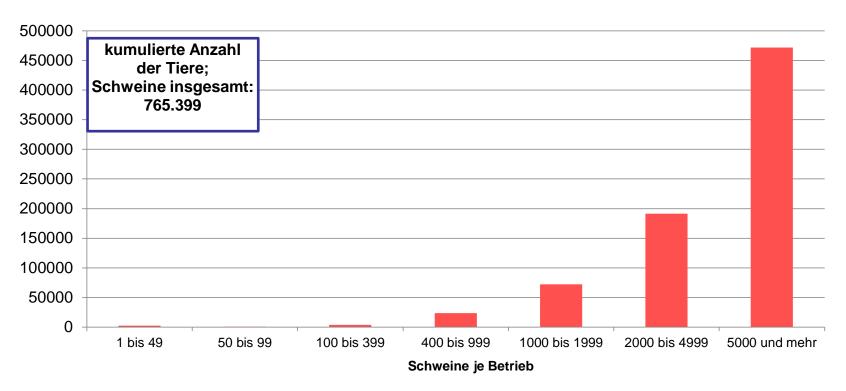
<sup>&</sup>lt;sup>(2)</sup> Bei Betriebsinhabern mit ZA in mehreren Regionen werden die ZA für diese Auswertung der Region zugeordnet, in der der Bi seinen Betriebssitz hat.

Von 450 Millionen € Zahlungsansprüchen an Flächenprämien in MV entfielen 207 Millionen auf die 414 größten Betriebe mit mindestens 300.000 € Subventionen im Jahr. Die restlichen 4392 Betriebe müssen mit 243 Millionen € auskommen. Mit einem derartigen Finanzpolster brauchen die Großbetriebe keine teuren, riskanten Kulturen anzubauen. Raps und Mais reichen aus.



In Mecklenburg-Vorpommern hielten von 484 Scheine haltenden Betrieben insgesamt 277 Betriebe weniger als 100 Tiere. Dort wurden 0,37% des Gesamtbestandes gehalten. Die 44 Betriebe (9,1% der Gesamtzahl) mit mehr als 5.000 Tieren hielten zusammen 471.824 Schweine – 61,6 % des Bestandes.

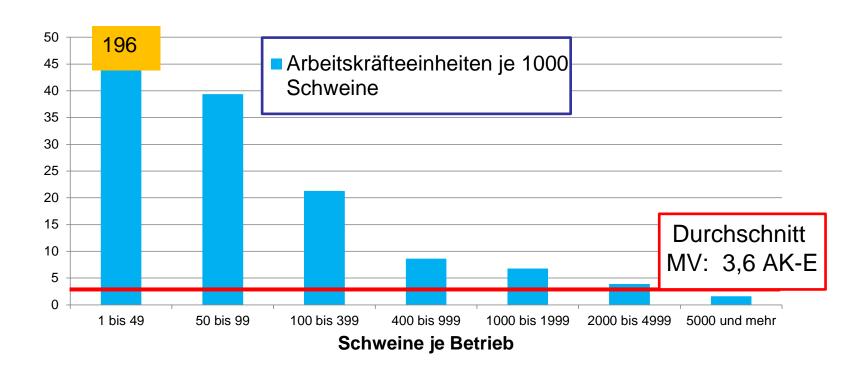
### Mecklenburg-Vorpommern: Anzahl der Schweine nach Betriebsgrößenklassen 2010



Stat. Amt MV: Struktur der Viehhaltung in MV. (Ergebnisse der Landwirtschaftszählung). Stat. Ber. C IV – 3j . Schwerin 2012. S. 37.

Mit dem Trend zu Großanlagen werden keine Arbeitsplätze geschaffen, sondern vernichtet. Während in Anlagen mit 100 bis 400 Tieren 21,8 Arbeitskräfteeinheiten beschäftigt werden, sind es in Anlagen mit 1000 bis 2000 Tieren durchschnittlich 6,8 und in Anlagen mit über 5000 Tieren 1,6 Arbeitskräfteeinheiten.

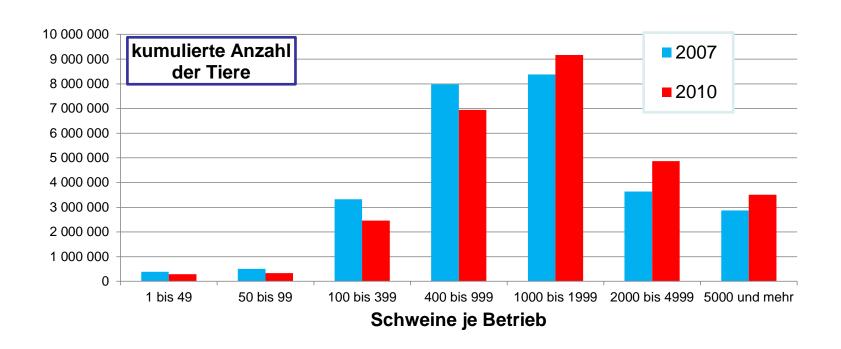
## Arbeitskräftebesatz in Schweine haltenden Betrieben Mecklenburg-Vorpommerns 2010



#### Wie sieht das in anderen Bundesländern aus?

2007 wurden in Deutschland 45% der Schweine in Betrieben mit weniger als 1000 Tieren gehalten. Drei Jahre später (2010) waren es nur noch 36,3%. Im selben Zeitraum stieg die Zahl der Betriebe mit über 5000 Tieren von 274 auf 343. In ihnen wurden 3,5 Millionen Tiere (=12,7% des Bestandes) gehalten.

Deutschland: Anzahl der Schweine nach Betriebsgrößenklassen 2007 und 2010

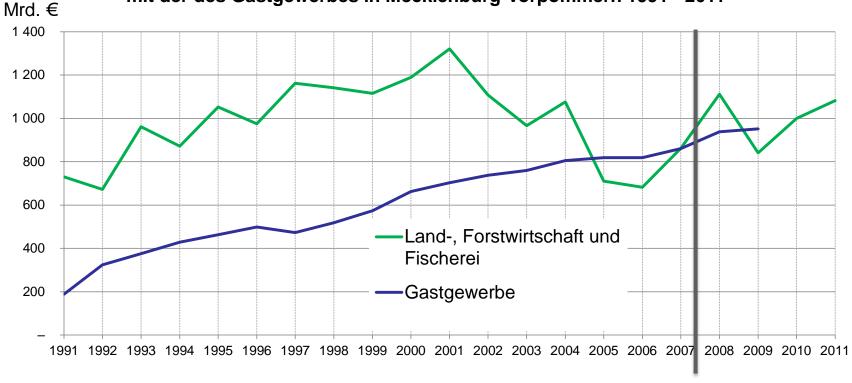


#### Daraus folgt,

- dass in Westdeutschland die breite Streuung der Agrarsubventionen (auf viele Familien, die in der Regel vor Ort ansässig sind) positive regionale Entwicklungseffekte zeitigt, während sich in Ostdeutschland die Konzentration auf wenige Großgrundbesitzer (die mit ihren Familien oft gar nicht mehr vor Ort wohnen) negativ auf die regionale Entwicklung auswirkt.
- dass die Großbetriebe Ostdeutschlands in viel stärkerem Maße von Subventionen leben, als die kleineren Betriebe,
- dass sich in ländlichen Räumen Ostdeutschlands nach der Wende keine zahlenmäßig starke Mittelklasse bilden konnte wie sie in Westdeutschland schon früher entstanden war.
- dass die Öffentliche Hand den Großbetrieb vor Ort, der in der Regel Arbeitsplätze minimiert – also vernichtet -, stärker und regelmäßiger subventioniert, als den Bürgermeister einer kleinen Gemeinde, der Arbeitsplätze erhalten und sein Dorf entwickeln möchte,
- dass der Staat in Ostdeutschland damit eine im Vergleich zum Westen unproduktive, neofeudale Besitzstruktur schafft,
- dass diese neofendale Besitzstruktur im ähnlich wie im echten 70 Feudalismus des 19. Jahrhunderts eine der Hauptursachen für die

Die Landwirtschaft verliert ihren Rang als führender Wirtschaftszweig in Ländlichen Räumen zunehmend an den Tourismus und an soziale Dienstleistungen. Hier ist mit dem Gastgewerbe nur ein Teilbereich davon abgebildet.

Vergleich der Bruttowertschöpfung in Land-, Forstwirtschaft und Fischerei mit der des Gastgewerbes in Mecklenburg-Vorpommern 1991 - 2011



nach: www.vgrdl.de. Werte ab 2008: Neuberechnung nach Revision 2011.

H. Klüter

Trotz starker Subventionierung, vielfältiger Investitionsförderung und Privilegierung beim Zugriff auf billige Agrarflächen weist die großbetrieblich strukturierte Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns auch zwei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung erhebliche Leistungsdefizite im Vergleich zu den westdeutschen Bundesländern auf.

Diese Defizite hängen nicht mit den geographischen Ausgangsbedingungen für Landwirtschaft zusammen, sondern von den vorherrschenden betrieblichen Organisationsformen.

# Zur Trennung von Landwirtschaft und Agrarindustrie

Die hier angeführten Daten und die dahinter liegenden Missstände zeigen, dass man Landwirtschaft von Agrarindustrie trennen muss. Die jetzige Definition nach § 201 Baugesetzbuch ist veraltet:

"Landwirtschaft im Sinne dieses Gesetzbuchs ist insbesondere der Ackerbau, die Wiesen- und Weidewirtschaft einschließlich Tierhaltung, soweit das Futter überwiegend auf den zum landwirtschaftlichen Betrieb gehörenden, landwirtschaftlich genutzten Flächen erzeugt werden kann, die gartenbauliche Erzeugung, der Erwerbsobstbau, der Weinbau, die berufsmäßige Imkerei und die berufsmäßige Binnenfischerei." (Baugesetzbuch 2010)

## Argumentationen für die Trennung von Landwirtschaft und Agrarindustrie

- Immissionstechnische Dimension
- Humanmedizinische Dimension (<u>www.lebensmittel-warnung.de</u>)
- Veterinärmedizinische Dimension
- Juristische Dimension
- Ökologische Dimension
- Bodenschutz-Dimension (A19-Massenunfall vom 8.4.2011)
- Wirtschaftsdimensionen (betriebswirtschaftlich, regionalwirtschaftlich, nationalökonomisch)

#### **Immissionstechnische Dimension**

- "Vierte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes
- (1) Das Genehmigungsverfahren wird durchgeführt nach
- 1. § 10 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes für
- a) Anlagen, die in Spalte 1 des Anhangs genannt sind,
- b) Anlagen, die sich aus in Spalte 1 und in Spalte 2 des Anhangs genannten Anlagen zusammensetzen,
- c) Anlagen, die in Spalte 2 des Anhangs genannt sind und zu deren Genehmigung nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung ein Verfahren mit Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen ist

. . . .

- 7.1 Anlagen zum Halten oder zur Aufzucht von Geflügel oder Pelztieren oder zum Halten oder zur getrennten Aufzucht von Rindern oder Schweinen mit
- a) 40 000 Hennenplätzen,
- b) 40 000 Junghennenplätzen,
- c) 40 000 Mastgeflügelplätzen,
- d) 40 000 Truthühnermastplätzen,
- e) Rinderplätzen,
- f) Kälberplätzen,
- g) 2 000 Mastschweineplätzen (Schweine von 30 Kilogramm oder mehr Lebendgewicht),
- h) 750 Sauenplätzen einschließlich dazugehörender Ferkelaufzuchtplätze (Ferkel

bis weniger als 30 Kilogramm Lebendgewicht)

- i) 6 000 Ferkelplätzen für die getrennte Aufzucht (Ferkel von 10 bis weniger als 30 Kilogramm Lebendgewicht) oder
- j) 1 000 Pelztierplätzen oder mehr, bei gemischten Beständen werden die Vom-Hundert-Anteile, bis zu denen die vorgenannten Platzzahlen jeweils ausgeschöpft werden, addiert; erreicht die Summe der Vom-Hundert-Anteile einen Wert von 100, ist ein Genehmigungsverfahren durchzuführen."

#### **Zur humanmedizinischen Dimension:**

Vielen Krankenhäusern in Norddeutschland entstehen bereits heute erhebliche Zusatzkosten durch MRSA-Infektionen (Multiresistente Staphylokokkus Aureus) und andere MRE (multiresistente Erreger) die von Großviehanlagen ausgehen, in denen Antibiotika tonnenweise eingesetzt werden. Die Desinfektion von Operationssälen und Krankenzimmern ist sehr kostenintensiv.

"....Derzeit sei die Rechtslage so, dass die Lebensmittelkontrollbehörden und die Humanmedizin keinen Zugang zu den Dateien der Genehmigungsbehörden für Dünge-, Schädlingsbekämpfungsmittel und andere Zusatzstoffe hätten, was die Diagnose von Stoffwechselkrankheiten um ein Weiteres erschwere.

Insofern wäre es eine Milchmädchenrechnung, wenn man behauptet, großbetriebliche Einheiten produzierten preiswerter. Die relativ geringe Summe, die beim Lebensmittelkauf eingespart würde, müsse bei den Krankheitskosten – vor allem bei kleinen Kindern und im Alter ab 40 Jahre – zusätzlich ausgegeben werden. Dabei würden über Krankenhäuser und über zusätzlich notwendige Betreuung erhebliche Kosten für die Allgemeinheit entstehen, die für das Gemeinwohl so schädlich seien, dass daraus zumindest ein direktes Subventionsverbot für Großbetriebe abzuleiten wäre."

Table 5. Sales, in tonnes of active ingredient, of veterinary antimicrobial agents marketed mainly for food-producing animals<sup>1</sup> (including horses), population correction unit (PCU) and sales in mg/PCU, by country, for 2010<sup>2</sup> and 2011

Country	Sales (tonnes) for food-producing animals		PCU (1,000 tonnes)		% change PCU	mg/PCU		% change mg/PCU
	2010	2011	2010	2011	2010-2011	2010	2011	2010-2011
Austria	63	53	994	977	-1.8%	63	54	-13%
Belgium	299	297	1,660	1,695	2.1%	180	175	-3%
Bulgaria		42		399			104	
Cyprus		52		127			408	
Czech Republic	71	61	755	732	-3.1%	94	83	-12%
Denmark	119	106	2,503	2,479	-1.0%	47	43	-10%
Estonia	7.6	7.5	115	114	-1.1%	66	66	-0.4%
Finland	13	12	517	520	0.6%	25	24	-4%
France	997	896	7,538	7,643	1.4%	132	117	-11%
Germany		1,819		8,600			211	
Hungary <sup>3</sup>	206	147	768	767	-0.2%	268	192	-28%
Iceland	0.9	0.7	113	114	0.8%	7.2	6.3	-13%
Ireland	96	87	1,779	1,770	-0.5%	54	49	-9%
Italy	1,928	1,663	4,514	4,497	-0.4%	427	370	-13%
Latvia	6.6	6.0	165	171	3.7%	40	35	-12%
Lithuania	16	14	342	337	-1.5%	48	42	-14%
Netherlands	461	363	3,155	3,186	1.0%	146	114	-22%
Norway	6.3	6.2	1,537	1,680	9.3%	4.1	3.7	-11%
Poland		471		3,929			120	
Portugal	181	164	1,020	1,016	-0.3%	178	161	-9%
Slovakia4		11		247			44	
Slovenia	8.4	7.8	181	182	1.0%	46	43	-6%
Spain <sup>5</sup>	1,746	1,779	7,248	7,135	-1.6%	241	249	3.5%
Sweden	13	11	832	835	0.3%	15.2	13.6	-11%
United Kingdom	456	344	6,714	6,724	0.2%	68	51	-25%

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Tablets excluded as almost solely used in companion animals; injectable antimicrobial VMPs can also be used in companion animals; a few other products may solely be used in companion animals, but as the proportional use is minor, these are included in the sales for food-producing animals. <sup>2</sup> Data for Estonia, Iceland, Ireland, Lithuania, Portugal and Spain are updated. <sup>3</sup> Import data for 2010. <sup>4</sup> Import data for 2011.

Substantial underreporting was identified for 2010, indicating that the sales have actually decreased from 2010 to 2011 (see Section 2.4.1).

#### Zur veterinärmedizinischen Dimension:

Die Dimensionen dessen, was eigentlich nötig wäre, um frühzeitig gefährliche Entwicklungen zu erkennen, zeigt der Tiergesundheitsjahresbericht 2010 (Friedrich-Löffler-Institut 2011). Das Institut geht von einem Geflügelbestand von über 130 Millionen aus. Der interviewte Spezialist schätzte, dass aufgrund der kurzen Lebensdauer der Tiere 8 bis 10-mal im Jahr kontrolliert werden müsste. Je größer die Bestände pro Betrieb sind, desto größer fielen auch die Kontrolllasten an. Es wurde vorgeschlagen, ein Kontrollsystem aufzubauen, das sich ähnlich wie die Maut auf Autobahnen refinanziert. Kleine Betriebe mit unkomplizierten Beständen könnten im Rahmen des bestehenden Systems kontrolliert werden etwa vergleichbar den PKW auf Autobahnen. Großbetriebe müssten - etwa vergleichbar den LKW - den zusätzlichen Kontrollaufwand einschließlich des Baus und der Unterhaltung der dafür notwendigen Einrichtungen mit kostendeckenden Abgaben finanzieren.

In diesem Kontext wurde ebenfalls bemängelt, dass der Staat für relativ sichere, verschleißfreie und gesellschaftlich ungefährliche Technik wie PKW, Busse und LKW nur befristete allgemeine Betriebsgenehmigungen erteile, verschleißintensivere, weit gefährlichere Großviehanlagen aber unbefristet genehmige. Für Großviehanlagen dürften nur befristete Betriebsgenehmigungen erteilt werden. Die je nach Ausrichtung auf zwei bis fünf Jahre befristete Genehmigung darf sich nicht auf Teile, sondern muss sich auf die Gesamtanlage beziehen.

## Zur Bodenschutzdimension:

Bis zum 8.04.2011 konnte der Abtrag von Boden durch Wind und Wasser als zwar bedauerliches, aber doch eher agrarwirtschaftlich internes Problem abgehandelt werden. An jenem Tag fuhren während eines plötzlich auftretenden Sandsturms auf der Autobahn A19 bei Kavelstorf (Mecklenburg-Vorpommern) 83 Fahrzeuge ineinander. 8 Menschen starben, 131 wurden verletzt (vgl. Abb. 108). Der Sand hatte sich von einer riesigen, kahlen Ackerfläche erhoben und den Autofahrern die Sicht genommen. Das Gefährdungsareal für solche Ereignisse umfasst das südliche Mecklenburg, sowie große Teile von Brandenburg und anderen ostdeutschen Bundesländern. Es war der größte Verkehrsunfall, den es bisher auf der A19 gegeben hat.

#### Zur betriebswirtschaftlichen Dimension

Der betriebswirtschaftliche Erfolg vieler ostdeutscher Großbetriebe hat weniger mit erfolgreicher Landwirtschaft als mit externen Faktoren zu tun:

- Privilegierung beim Zugriff auf Pachtflächen der BVVG und beim Zukauf von Agrarflächen
- Privilegierung durch die Art der Verteilung der Agrarsubventionen der EU nach Flächenprämien
- Zufluss von landwirtschaftsexternen Finanzmitteln von Kapitalanlegern und Bodenspekulanten.

Trotz dieser Gunstfaktoren erreicht die großbetrieblich strukturierte Landwirtschaft weder die Flächenproduktivität noch die Subventionseffektivität der westdeutschen Landwirtschaft. Auch bei der Anpassung an neue Nachfragetrends können viele Großbetriebe nicht schnell genug reagieren.

## Zur regionalwirtschaftlichen Dimension:

Eine großbetrieblich strukturierte Landwirtschaft führt auf regionaler Ebene zur **Marktverarmung**:

Die großbetriebliche Erzeugung wird in Mengen angeboten, die der regionale Markt eines Landkreises oder einer Planungsregion nicht aufnehmen kann. Andererseits wird eine Vielzahl von landwirtschaftlichen Produkten zu wenig oder gar nicht mehr erzeugt, so dass in großen Mengen importiert werden muss. In Berlin-Brandenburg sind dies Obst, Gemüse, hochwertiges Fleisch, ökologisch produzierte Nahrungsmittel und Kartoffeln.

Die Arbeitskräfte sind dabei dem Rationalisierungsdruck der Großbetriebe ausgeliefert. Die Zahl der Arbeitsplätze sinkt so stark, dass diese Art von Landwirtschaft den ländlichen Raum nicht mehr ernähren kann. Abwanderung und "demographischer Wandel" sind die direkten Folgen.

#### Zur nationalökonomischen Dimension:

- Derzeit profitieren die Großbetriebe in starkem Maße davon, dass die volkswirtschaftlichen Schäden in den anderen Bereichen (Humanmedizin, Veterinärmedizin, Ökologie, Böden) nicht oder noch nicht hinreichend erfasst und monetarisiert sind.
- Außerdem zeigt sich ähnlich wie im echten Feudalismus, dass neofeudale Privilegien wie der besondere Zugriff auf EU-Subventionen und BVVG-Flächen, eine verbandspolitische Eigendynamik entwickeln, die ökonomisch kaum zu bremsen oder zu korrigieren ist. Wettbewerb und Wettbewerbsfähigkeit spielen dann keine Rolle mehr, wenn Wettbewerb extrem verzerrt oder ausgeschaltet ist.
- Die Verdrängungsprozesse, die sich daraus ergeben, sind längst nicht mehr auf Ostdeutschland beschränkt. Niedrigpreisverträge auf der Erzeugerseite der Großbetriebe mit der Lebensmittelindustrie setzen nicht nur ostdeutsche einzelbäuerliche Betriebe unter Druck, sondern auch die im Westdeutschland. Ähnliche Effekte gehen von den Hochpreisverträgen bei den Pachten aus. Nicht nur ostdeutsche, auch westdeutsche Bauern können bei den durch Bodenspekulation erhöhten Pachtpreisen nicht mithalten.

### Agrarindustrie =

- Filialisierte Unternehmensstrukturen mit mindestens einer regional marktbeherrschenden Position,
- nicht von einem orts-/regionsanwesenden Landwirt dauerhaft geführt werden,
- Gruppen von Betrieben, die über Dauerverträge (länger als zwei Jahre) an Großabnehmer- und Lieferstrukturen der Ernährungswirtschaft gebunden sind – vor allem dann, wenn diese Betriebe direkt nebeneinander liegen ("Regionalkartelle"),
- Viehanlagen mit mehr als 500 Rindern (GV), und/oder mehr als 2000 Schweinen oder mehr als 380 Sauen mit 3000 Ferkeln und/oder mehr als 9000 Geflügeltieren, wobei die Besetzung einer Stallanlage 600 Tiere nicht überschreitet,
- Betriebe mit mehr als 500 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche.

- Agrarbetriebe, die eines dieser Kriterien erfüllen, müssen daraufhin untersucht werden, ob sie noch zur Landwirtschaft zu zählen sind. Allein aufgrund des letzten Kriteriums müssten in Mecklenburg-Vorpommern 855 Großbetriebe (18,1% der Gesamtzahl) mit insgesamt 920.348 ha (68,1% der LNF des Landes) genauer analysiert werden.
- Vor dem Hintergrund der aufgezeigten Risiken sollten agrarindustrielle Betriebe einer allgemeinen Betriebsgenehmigungspflicht unterliegen. Alle Betriebsgenehmigungen müssen befristet sein, und zwar auf höchstens fünf Jahre.
- Die Genehmigungsbehörden in den finanzschwachen Bundesländern Ostdeutschlands sind den Anträgen agrarindustrieller Unternehmen und den damit verbundenen juristischen und finanziellen Risiken nur bedingt gewachsen. Im Falle einer Nichtgenehmigung können die Schadenersatzforderungen nach einer verlorenen juristischen Auseinandersetzung einen mehrstelligen Millionenbetrag erreichen, der dann im Budget der Gebietskörperschaft nicht mehr darstellbar ist. Es erscheint daher sinnvoll, mit der Aufgabe des Monitorings über agrarindustrielle Betriebe, der Erteilung der befristeten allgemeinen Betriebsgenehmigungen und der Kontrolle der Auflagen für ihre Aktivitäten eine Bundesbehörde zu betrauen. Das Bundesumweltamt führt bereits das PRTR-Register, das allerdings für MV unvollständig ist. Auf das Genehmigungsverhalten der Landesämter hat es keinen Einfluss.

Für alle flächenrelevanten Investitionen der Agrarindustrie müssen Raumordnungsverfahren durchgeführt werden.

Agrarindustrielle Betriebe müssen **mit einer Sonderabgabe** belegt werden, aus der ein Fonds gebildet wird, mit dem

- die für sie notwendige zusätzliche Kontroll- und Entsorgungsinfrastruktur (Labore, Viehverbrennungsanlagen für den Seuchenfall u.ä.),
- der flächen- und gemeindeübergreifende Erosions-, Wasserund Landschaftsschutz
- und andere von der Agrarindustrie induzierte soziale Kosten getragen werden.

Agrarindustrielle Betriebe benötigen keine Flächenprämien der Europäischen Union und keine weitere Förderung. Eine Förderung sollte - ähnlich wie bei anderen Großbetrieben der Wirtschaft auch – nur dann erfolgen, wenn Betriebe neu gegründet werden, Innovationen einführen oder besondere Aufgaben erfüllen, die überwiegend im öffentlichen Interesse liegen. Die dadurch frei werdenden Fördermittel sollten im Sinne des Leitbilds "Garten der Metropolen" eingesetzt werden.

Biogasanlagen erzeugen mit ca. 19.000 kWh pro Hektar und Jahr 13-mal weniger als eine Photovoltaikanlage und 52-mal weniger als Windanlagen auf gleicher Fläche.

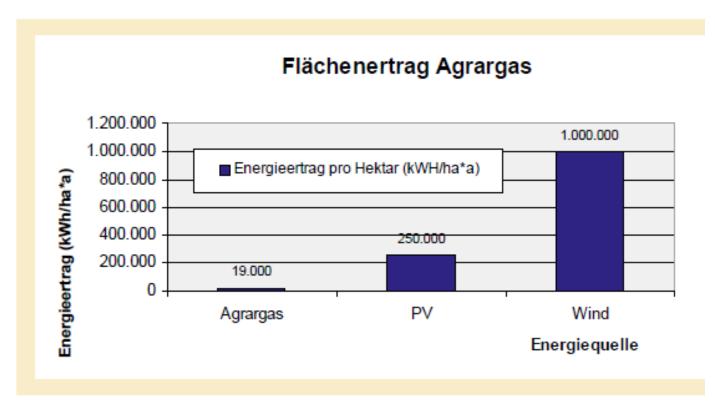


Abb. 1 | Flächenertrag erneuerbarer Energieträger pro Hektar und Jahr | Quelle: AEE, Tommy Engel/DGS, Enertrag)